

## Malgorzata Mazurek

Das Alltagsleben im sozialistischen Betrieb am Beispiel der „Rosa-Luxemburg-Werke“ in Warschau an der Schwelle zur „kleinen Stabilisierung“

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1095>

Reprint von:

Malgorzata Mazurek, Das Alltagsleben im sozialistischen Betrieb am Beispiel der „Rosa-Luxemburg-Werke“ in Warschau an der Schwelle zur „kleinen Stabilisierung“, in: Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, herausgegeben von Peter Hübner, Christoph Kleßmann und Klaus Tenfelde, Böhlau Köln, 2005 (Zeithistorische Studien.

Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 31), S. 291-317



Zitationshinweis:

Malgorzata Mazurek (2005), Das Alltagsleben im sozialistischen betrieb am Beispiel der „Rosa-Luxemburg-Werke“ in Warschau an der Schwelle zur „kleinen Stabilisierung“, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,  
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1095>

Ursprünglich erschienen als: Malgorzata Mazurek, Das Alltagsleben im sozialistischen betrieb am Beispiel der „Rosa-Luxemburg-Werke“ in Warschau an der Schwelle zur „kleinen Stabilisierung“, in: Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, herausgegeben von Peter Hübner, Christoph Kleßmann und Klaus Tenfelde, Böhlau Köln, 2005 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 31), S. 291-317

# Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für  
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 31

Peter Hübner/Christoph Kleßmann/  
Klaus Tenfelde (Hg.)

# Arbeiter im Staatssozialismus

Ideologischer Anspruch und  
soziale Wirklichkeit



2005

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Zentrum für  
Zeithistorische Forschung e.V.  
Bibliothek

ZZF 17226 (H3SD)ZEF

**Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek**  
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

**Umschlagabbildung:**

Arbeiter mit Zahnrad – Geschenk der Warschauer Ursus-Werke an Wilhelm Pieck  
(Deutsches Historisches Museum, Berlin)

© 2005 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln  
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln  
Tel. (0221) 913 90-0, Fax (0221) 913 90-11  
[info@boehlau.de](mailto:info@boehlau.de)

Alle Rechte vorbehalten  
Druck und Bindung: MVR Druck GmbH, Brühl  
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier  
Printed in Germany

ISBN 3-412-18705-4

# Inhalt

*Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde*

Einleitung ..... 9

*Klaus Tenfelde*

Arbeiter, Arbeiterbewegungen und Staat im Europa des „kurzen“  
20. Jahrhunderts..... 17

*Peter Hübner*

ERSTE SEKTION:  
„Arbeiterstaat“ als politische Konstruktion und Inszenierung..... 35

*Dietrich Beyrau*

Das sowjetische Modell – Über Fiktionen zu den Realitäten..... 47

*Christoph Boyer*

Sozialgeschichte der Arbeiterschaft und staatssozialistische  
Entwicklungspfade: konzeptionelle Überlegungen und eine  
Erklärungsskizze ..... 71

*Lenka Kalinová*

Mythos und Realität des „Arbeiterstaates“ in der Tschechoslowakei..... 87

*Ivo Georgiev*

Die Arbeiter als Modernisierungsbremse im realsozialistischen  
Bulgarien?..... 109

*Dragoş Petrescu*

Workers and Peasant-Workers in a Working-Class’ „Paradise“:  
Patterns of Working-Class Protest in Communist Romania..... 119

*Anikó Eszter Bartha*

The Disloyal „Ruling Class“: The Conflict between Ideology and  
Experience in Hungary ..... 141

*Simone Barck/Dietrich Mühlberg*

Arbeiter-Bilder und Klasseninszenierung in der DDR.  
Zur Geschichte einer ambivalenten Beziehung ..... 163

*Rainer Gries*

Dramaturgie der Utopie. Kulturgeschichte der Rituale der  
Arbeiter-und-Bauern-Macht..... 191

*Jennifer Schevardo*

ZWEITE SEKTION:  
„Arbeitsbeziehungen, Arbeitsverhältnisse, Arbeiterexistenzen“ ..... 215

*André Steiner*

Einkommen in den Ostblockländern.  
Annäherungen an einen Vergleich ..... 227

*Peter Hübner*

Arbeitsbeziehungen und soziale Sicherungen für Arbeiter  
in Ländern des sowjetischen Blocks..... 249

*Annette Schuhmann*

„Macht die Betriebe zu Zentren der Kulturarbeit“.  
Gewerkschaftlich organisierte Kulturarbeit in den Industriebetrieben der  
DDR in den fünfziger Jahren: Sozialhistorisches Novum oder  
Modifizierung betriebspolitischer Traditionen? ..... 271

*Małgorzata Mazurek*

Das Alltagsleben im sozialistischen Betrieb am Beispiel der  
„Rosa-Luxemburg-Werke“ in Warschau an der Schwelle zur  
„kleinen Stabilisierung“ ..... 291

*József Ö. Kovács*

Arbeiterexistenz in Ungarn nach 1956. Einige Schnittpunkte der  
Mikro- und Makrogeschichte..... 319

*Mary Fulbrook*

DRITTE SEKTION:  
Arbeiter in sozialen und politischen Konfliktkonstellationen  
Einführung..... 347

*Helke Stadtland*

Konfliktlagen und Konfliktformen. Arbeiter in der DDR zwischen  
Integration, Disziplinierung und Verweigerung..... 357

*Renate Hürtgen*

Konfliktverhalten der DDR-Arbeiterschaft und Staatsrepression  
im Wandel ..... 383

*Bernd Gehrke*

Weichenstellungen zum Disparaten.  
Vom schwierigen Verhältnis der DDR-Opposition zur Arbeiterschaft..... 405

*Jędrzej Chumiński/Krzysztof Ruchniewicz*

Arbeiter und Opposition in Polen 1945–1989 ..... 425

*Mark Pittaway*

Accommodation and the Limits of Economic Reform: Industrial  
Workers during the Making and Unmaking of Kádár's Hungary ..... 453

*Peter Heumos (München/Moosburg)*

Zum industriellen Konflikt in der Tschechoslowakei 1945–1968 ..... 473

**Anhang**

Autorenverzeichnis ..... 499

Literaturauswahl..... 500

Abkürzungsverzeichnis ..... 512

*Małgorzata Mazurek*

## Das Alltagsleben im sozialistischen Betrieb am Beispiel der „Rosa-Luxemburg-Werke“ in Warschau an der Schwelle zur „kleinen Stabilisierung“

Die Problematik, die mit dem Alltagsleben in den Betrieben und mit der Sozialgeschichte der Arbeitermilieus verbunden ist, stellt keine Spezialität der polnischen Historiographie dar. Aber ähnlich wie anderswo wurden die Forschungen zu den Anpassungsstrategien oder auch zu ambivalenten und konformistischen Haltungen gegenüber dem Regime, die für die Erforschung des Alltags so wichtig sind, durch Arbeiten dominiert, die dem Widerstand und der politischen Opposition gegen die Macht gewidmet waren. Doch treten die Publikationen aus dem Grenzbereich von Wirtschafts- und Sozialgeschichte langsam heraus aus dem Schatten der Vielzahl von Büchern über das Martyrium der Soldaten des bewaffneten und politischen Untergrunds der vierziger Jahre, über die Repressalien gegen die katholische Kirche, über die politischen Gefangenen oder die spektakulären gesellschaftlichen Aufstände.<sup>1</sup> Wenig vorangekommen sind die Forschungen, die zeitlich über die Epoche des Stalinismus hinausreichen. Teilweise wird das durch die zeitgenössische soziologische Literatur kompensiert, die eine ziemlich glaubwürdige Informationsquelle zur Realität in der Volksrepublik Polen (VRP) darstellt. Aus allen erwähnten Gründen sind die Sozialhistoriker, die sich in Polen mit dieser Epoche beschäftigen, auf ihren Gebieten Pioniere oder schreiten auf kaum gebahnten Wegen.

Der vorliegende Aufsatz ist ein Versuch, auf den „volkseigenen“ Betrieb und seine Belegschaft „von unten“, durch das Prisma einer Fallstudie zu blicken. Die mit der „Annales“-Schule<sup>2</sup> verbundenen polnischen Nachkriegshistoriker machten ein solches Herangehen populär. In der VRP waren es Soziologen, die es in umfangreichem Maße anwandten<sup>3</sup>, und

---

1 Dariusz Jarosz, *Stalinizm polski 1948–1956: strategie przystosowawcze* (Der polnische Stalinismus 1948–1956: Anpassungsstrategien, in: Grzegorz Miernik, (Hg.), *Polacy wobec PRL. Strategie przystosowawcze* (Die Polen und die VRP. Anpassungsstrategien), Kielce 2003, S. 57.

2 Witold Kula, *Problemy i metody historii gospodarczej* (Probleme und Methoden der Wirtschaftsgeschichte), Warszawa 1963.

3 Jan Szczepański (Hg.), *Studia nad rozwojem klasy robotniczej w Polsce*, Warszawa 1961 (Studien zur Entwicklung der Arbeiterklasse in Polen), Warszawa 1961; Jan Malanowski, *Robotnicy Warszawskiej Fabryki Motocykli* (Die Arbeiter der Warschauer Motorradfabrik), Wrocław 1962; Kazimierz Doktor, *Przedsiębiorstwo przemysłowe. Studium socjologiczne Zakładów Przemysłu Metalowego „H.Cegielski“*, Warszawa 1964 (Der Industriebetrieb. Soziologische Studie zu den Metallindustriewerken „H.Cegielski“), Warszawa 1964; Maria Hirszowicz (Hg.), *Człowiek w organizacji przemysłowej*. Socjolo-

gegenwärtig wird es u. a. durch Maciej Tymiąski<sup>4</sup> ins Gedächtnis zurückgerufen. Als Beispiel dienen die „Rosa Luxemburg“-Werke (Zakłady Wytwórcze Lamp Elektrycznych im. Rózy Luksemburg; ZWLE) in Warschau, ein Hersteller elektrischer Lampen und einer der größten Betriebe der Elektroindustrie in der Hauptstadt und in ganz Polen. Das war eine privilegierte Fabrik, die unter der unmittelbaren Kuratel des ZK der PZPR (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza; Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) stand. Die stark feminisierte, zu 66% aus Frauen bestehende, junge Belegschaft begann erst, Erfahrungen in der Industrie zu sammeln. Die Hälfte der Beschäftigten verfügte über weniger als fünf Arbeitsjahre. Der Prozentsatz älterer Mitarbeiter war symbolisch: Mit 4,3% Anteil bildeten sie die Kernbelegschaft, die bereits vor dem Kriege und während der Kriegszeit in der Fabrik gearbeitet hatte.<sup>5</sup> Die Rosa-Luxemburg-Werke kann man als einen soziographischen Repräsentanten der hauptstädtischen Betriebe der elektrotechnischen Branche bezeichnen.<sup>6</sup> Dabei ist daran zu erinnern, daß an der Wende von den fünfziger zu den sechziger Jahren die soziale Zusammensetzung der Industriebelegschaften weiterhin fließend und durch eine große regionale Differenzierung charakterisiert war.<sup>7</sup>

Der vorliegende Aufsatz beschränkt sich auf die Beschreibung solcher den Betriebsalltag betreffenden Aspekte wie die Fabriküberwachung und verschiedene Arten der alltäglichen Kontrolle von Mitarbeitern. In der polnischen Fachliteratur wurde unter dem Begriff der Überwachung bisher die politische Kontrolle über die Wirtschaft und die Milieus der Industriebeschäftigten verstanden und als „Terrorapparat“ bezeichnet.<sup>8</sup> Man konzentrierte sich auf die Jahre des Stalinismus und interessierte sich besonders für das Bespitzelungssystem, die Tätigkeit der Sicherheitsdienste und die Militarisierung der Industriebetriebe. Maciej Tymiąski wiederum analysierte den Prozeß der Verwaltung der Betriebe in der VRP unter

---

giczna monografia zakładu przemysłowego (Der Mensch in der industriellen Organisation. Eine soziologische Monographie zum Industriebetrieb), Warszawa 1965. Eine Besprechung der soziologischen Monographien zum Betrieb an der Wende von den fünfziger zu den sechziger Jahren bei: Jan Szczepański/Kazimierz Doktor, Metodologiczne problemy badań socjologicznych przedsiębiorstw i zakładów przemysłowych (Methodologische Probleme der soziologischen Forschungen zu den Industriebetrieben und -werken), Sonderdruck von: Zakłady przemysłowe w Polsce w XIX i XX wieku (Die Industriebetriebe in Polen im 19. und 20. Jahrhundert), Warszawa 1963.

- 4 Maciej Tymiąski, PZPR i przedsiębiorstwo. Nadzór partyjny nad zakładami przemysłowymi 1956–70 (PZPR und Betrieb. Die Parteiüberwachung der Industriebetriebe 1956–70), Warszawa 2001.
- 5 Archiwum Państwowe m.st. Warszawy (Staatsarchiv der Hauptstadt Warschau) (im folgenden: APW), 1/193. Załoga ZWLE im. Rózy Luksemburg w liczbach. Stan na dzień 31. XII.1958 (Die Belegschaft der ZWLE „Rosa Luxemburg“ in Zahlen. Stand am 31.12.1958).
- 6 Vgl. Maria Hirszowicz/Witold Morawski, Z badań nad społecznym uczestnictwem w organizacji przemysłowej (Zu den Forschungen über die gesellschaftliche Beteiligung an der industriellen Organisation), Warszawa 1967.
- 7 Stanisław Widerszpil, Skład polskiej klasy robotniczej. Tendencje zmian w okresie industrializacji socjalistycznej (Die Zusammensetzung der polnischen Arbeiterklasse. Die Veränderungstendenzen im Zeitraum der sozialistischen Industrialisierung), Warszawa 1965; Jan Szczepański (Hg.), Studia zur Entwicklung. Besondere Aufmerksamkeit verdient das Buch von Padraic Kenney über die regionale Differenzierung der Arbeitermilieus und -traditionen: Rebuilding Poland. Workers and Communists 1945–1950, London 1996.
- 8 Jędrzej Chumiński, Formy nadzoru środowiska pracowników przemysłu w latach forsownej industrializacji (1949–1956) (Die Formen der Überwachung der Milieus der Industriebeschäftigten in den Jahren der forcierten Industrialisierung. 1949–1956), in: Studia Historyczne 4, 1998, S. 557–575.

dem Gesichtspunkt der organisatorischen und wirtschaftlichen Überwachung.<sup>9</sup> Er erforschte die Beziehungen zwischen dem Parteiapparat und den Industriebetrieben, aber auch das institutionelle Spiel zwischen den Akteuren der sogenannten „Planungsauktion“<sup>10</sup> zwischen den Parteiinstanzen, den Gewerkschaften, der Arbeiterselbstverwaltung und der Betriebsdirektion.

Im vorliegenden Aufsatz wird der Begriff der Kontrolle sehr breit gefaßt. Er bezieht sich nicht so sehr auf den Betrieb als Wirtschaftsorganisation, sondern unmittelbar auf die Fabrikbelegschaft, auf das gesellschaftliche Leben, wie es hinter den Betriebsmauern stattfand. Auf der einen Seite wird die institutionelle Überwachung der Beschäftigten durch den Partei-, Gewerkschafts- und Verwaltungsapparat aufgezeigt. Auf der anderen hingegen werden verschiedene Spielarten der informellen gesellschaftlichen Kontrolle dargestellt, die der Tarnung von Verstößen gegen Arbeitsreglement und -disziplin diene. Die Analyseachse bildet also das Spannungsverhältnis, das zwischen dem durch die Betriebsleitung und die sogenannten gesellschaftlichen Organisationen ausgeübten organisatorischen und administrativen Zwang sowie den Versuchen seitens der Arbeiter bestand, den Arbeitstag auf ihre Weise zu modifizieren und zu regulieren. Die Politik und die Wirksamkeit der Überwachung, die offizielle und informelle Kontrolle, auch die innerhalb der Gruppe ausgeübte, werden am Beispiel von ausgewählten Gebieten und Erscheinungen des betrieblichen Lebens beschrieben: der Art und Weise der Produktion, der Arbeitsbedingungen und -sicherheit, der Arbeitszeit, des Gemeinschaftslebens der Mitarbeiter und der illegalen Praktiken wie z. B. kleine Diebstähle.

## Die institutionelle Kontrolle

### Der Sicherheitsapparat

Das System der institutionellen Kontrolle über die Betriebe veränderte sich zusammen mit der politischen Situation in Polen. Am stärksten wurde es in den Jahren 1948/49-1956 ausgebaut, d. h. in der Zeit des Stalinismus und der forcierten Industrialisierung, deren Symbol der 6-Jahrplan war. Die „Erstürmung“ genannte Art und Weise, wie die Industrialisierung in dieser Zeit durchgeführt wurde, erinnerte an militärische Aktionen und die sie begleitende Atmosphäre: vorhergehende Entscheidung, schnelle Ausführung, emotionales Engagement und die Möglichkeit von Verlusten unterschiedlicher Art.<sup>11</sup> Für diese Ideologie der „Erstür-

---

9 Maciej Tymiński, *PZPR und Betrieb*.

10 Ewa Balcerowicz, *Przetarg planistyczny (Die Planungsauktion)*, Warszawa 1991; Maciej Tymiński, *PZPR und Betrieb*, S. 35.

11 Witold Morawski, *Ideologia uprzemysłowienia w Polsce w latach 1949–1956 (Die Ideologie der Industrialisierung in Polen in den Jahren 1949–1956)*, in: Jolanta Kulpińska (Hg.), *Spółczesność i socjologia. Księga poświęcona prof. Janowi Szczepańskiemu (Gesellschaft und Soziologie. Ein Prof. Jan Szczepański gewidmetes Buch)*, Wrocław u. a. 1985, S. 5–72.

mung<sup>12</sup> war die Verbindung von allem mit allem, eine allseitige Verknüpfung der Dinge charakteristisch, was sich auch in der Überwachungspolitik gegenüber den Industriebeschäftigten widerspiegelte.

Zum Symbol der stalinistischen Bespitzelung in den größeren Betrieben wurde das Schutzreferat, eine Gliederung der Sicherheitsdienste.<sup>13</sup> Von Herbst 1947 bis 1950 entstanden 397 solcher Zellen, und zwar besonders dort, wo es eine große Streikbereitschaft gab: in den Textilbetrieben, Bergwerken, Hütten und Chemiefabriken.<sup>14</sup> Laut einer geheimen Instruktion des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit vom 21. August 1949 wurden die Milieus des „Feindes“ durch eine Agententätigkeit (*działalność agenturalna*), durch sogenannte prophylaktische Gespräche durchdrungen. Man überwachte die politische Loyalität aller Mitarbeiter und mischte sich nicht selten in die Leitung der Betriebe ein. Einer Militarisierung unterlagen die für die Armee produzierenden Betriebe. 1953 kontrollierte die Armee unmittelbar 103 Fabriken, und in 1 164 überwachte sie den Industrieschutz. Obwohl in dieser Zeit im Apparat des Industrieschutzes ca. 60 000 Schutzleute beschäftigt waren, hielt die Militärische Schutzinspektion diese Struktur für unwirksam und für ideologisch schwach.<sup>15</sup> Als niedrig schätzte sie auch das Niveau der Funktionäre des Untersuchungsressorts des Sicherheitsdienstes (*Służba Bezpieczeństwa*, SB) ein. 49% von ihnen waren Arbeiter, was gut sichtbar macht, wie komplex die Einstellungen der Arbeiter waren.<sup>16</sup> Das Schutzreferat wurde bereits 1955 abgeschafft. Die Tätigkeit der Sicherheitsdienste nach dem „Taufwetter“ ist noch nicht vollständig erforscht. Aus den Informationen, die aus Stichproben gewonnen wurden, ergibt sich nur, daß sich die Hauptinspektion für Industrieschutz (*Główny Inspektorat Ochrony Przemysłu*; GIOP) beim Ministerium für Innere Angelegenheiten mit der Frage der Sicherheit in den Fabriken befaßte. Diese Institution war auch für die Schulung der Mitarbeiter des Industrieschutzes verantwortlich.<sup>17</sup> Die III. Abteilung des Ministeriums für Innere Angelegenheiten war dafür zuständig, ein Agentennetz auf dem Gelände der Betriebe zu schaffen und aufrechtzuhalten.<sup>18</sup>

## Die Betriebskomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei

Während des Stalinismus mußten auch die Betriebsorganisationen der PZPR ihren Beitrag zum Schutz vor dem Eindringen von Einflüssen des „Feindes“ leisten. Ihre tatsächliche

---

12 Ebd., S. 45.

13 Jędrzej Chumiński, *Die Formen der Überwachung*, S. 569–570.

14 Vgl. Dariusz Jarosz, *Polacy a stalinizm (Die Polen und der Stalinismus)*, Warszawa 2000, S. 66.

15 Jędrzej Chumiński, *Die Formen der Überwachung*, S. 571.

16 Dariusz Jarosz, *Die Polen und der Stalinismus*, S. 104. Die Berichte über die Wirksamkeit des Sicherheitsapparates in der stalinistischen Zeit und über die Probleme der Rekrutierung geheimer Mitarbeiter publizierte Piotr Majer: *Milicja Obywatelska w systemie organów władzy (Die Bürgermiliz im System der Machtorgane)*, Toruń 2003.

17 Instytut Pamięci Narodowej (Institut für das Nationale Gedenken, im folgenden: IPN), IPN/01265/659, *Sprawozdania Głównego Inspektoratu Ochrony Przemysłu 1956–1959 (Berichte der Hauptinspektion für Industrieschutz 1956–1959)*.

18 IPN, IPN/0246/153, *Ministerstwo Spraw Wewnętrznych. Sprawa operacyjnego rozpracowania, Kryptonim „Światłowka“, 1975 (Ministerium für Innere Angelegenheiten. Die Frage der operativen Ausspionierung, Deckname „Leuchtstofflampe“, 1975)*.

Rolle im Betrieb erstreckte sich faktisch auf alle Betriebsangelegenheiten. Dazu schrieb Marcin Kula im Resümee des Büchleins „Die PZPR in der Fabrik“.<sup>19</sup>

„Wenn sich die POP [Podstawowa Organizacja Partyjna; Parteigrundorganisation] mit der Frage der Suppe in der Betriebskantine befaßte, konnte das den rühmlichen Willen beweisen, durch Einschränkung der Diebstähle die Essensqualität zu erhöhen. Noch mehr aber legte es vom Charakter einer Organisation Zeugnis ab, die die Kontrolle über alles ausüben wollte. Das bestätigte, obwohl das paradox klingt, den totalitären Charakter des Stalinismus [...]. Sogar, wenn dieser Totalitarismus schlecht funktionierte, so hatte die dargelegte Intention zweifellos einen solchen Charakter.“

Das Fabrikkomitee der ersten Hälfte der fünfziger Jahre war die Institution, der die Überwachung der Mitarbeiter wohl am leichtesten fiel. Viel schlechter gelang es den PZPR-Funktionären, den Betrieb zu leiten und zu verwalten sowie Interessen außerhalb des Kreises der Parteifunktionäre kundzutun. Sie, die von außen politisch gestärkt wurden, waren nicht in der Lage, dieses Potential auf die eigentlichen Aufgaben der Partei, die doch wenigstens die freiwillige Unterstützung ihrer eigenen Mitglieder haben sollte, zu übertragen. 1956 versuchten die Betriebszellen der PZPR, die „starke, aber mit Sand gefüllte Strukturen“<sup>20</sup> [d. h. gleichzeitig starke und schwache-M.M.] waren, aus der Krise ihres institutionellen Hinterlandes herauszukommen. In den Jahren 1956–58 waren der Kontrollprozeß innerhalb der Hierarchie der Parteikomitees sowie die Überwachung der Parteimitglieder und der parteilosen Mitarbeiter durch die Fabrikorganisationen sehr eingeschränkt.<sup>21</sup> Der Zerfall des Apparates und der Betriebsorganisationen paralyisierte, besonders Ende 1956 und Anfang 1957, beinahe die Möglichkeit, die Betriebe durch die Parteifunktionäre zu durchleuchten. Die ins Wanken geratene Position der PZPR wurde gestärkt, indem die unabhängigen Anführer der Belegschaft ausgeschaltet wurden. Zusammen mit der Entstehung der Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung (Konferencja Samorządu Robotniczego; KSR) Mitte 1958 – einer verordneten Institution, die das Ende der Hoffnungen auf eine unabhängige Selbstverwaltung der Beschäftigten symbolisierte – trat eine Konsolidierung und Stabilisierung der Parteipräsenz auf dem Fabrikgelände ein.

An der Wende von den fünfziger zu den sechziger Jahren hatte die Parteiorganisation in den Rosa-Luxemburg-Werken bereits ein größeres Manövrierveld bei der Gestaltung des Betriebsregimes als in der Zeit des „Tauwetters“. In Ihrer Tätigkeit verfiel sie erneut in Routine. Sie befaßte sich – stark vereinfacht – mit der Beaufsichtigung der Planerfüllung, der Mobilisierung der Belegschaft für deren Realisierung und mit der Kontrolle der Nomenklaturaposten. Vor allem technokratische Parteifunktionäre wurden in der zweiten Hälfte der

---

19 Dorota Jagodzińska-Sasson u. a., PZPR w fabryce. Studium wrocławskiego „Pafawagu” w początku lat pięćdziesiątych, Marcin Kula (oprac.), ISP PAN i IH UW (Die PZPR in der Fabrik. Studie über die Breslauer „Pafawag“-Werke am Anfang der fünfziger Jahren, hg. von Marcin Kula, Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften und Historisches Institut der Warschauer Universität), Warszawa 2001, S. 34.

20 Ebd., S. 132–142, hier S. 132.

21 Maciej Tymiński, PZPR und Betrieb, S. 46–47.

fünfziger Jahre Parteifunktionäre, obwohl ein ähnlicher Arbeitsstil bei den Betriebskomitees der PZPR schon früher verzeichnet wurde.<sup>22</sup>

Die Methoden zur Überwachung der Belegschaft folgten einem ähnlichen Prozeß der Technokratisierung. Was bedeutete das? Erstens stellten sich die Anhänger einer technokratischen Konzeption den Betrieb als eine autoritäre und hierarchische Institution vor, die die einfachen Mitarbeiter aus der Entscheidungssphäre ausschloß.<sup>23</sup> Über die Arbeiter dachten sie in den Kategorien des *homo oeconomicus*, der auf der Grundlage von materiellen Stimuli arbeitet und kalkuliert.<sup>24</sup> Zweitens wurde damals das Denken und Handeln der Betriebspraktiker technokratisch genannt. Diese Haltung wurde mit der Realisierung des Planes, der Verhandlung seiner Bedingungen mit der Zentrale und mit der Unterordnung der Belegschaft unter dessen Anforderungen in Verbindung gebracht.<sup>25</sup> Die Technokraten konzentrierten sich auf die Plankennziffern und darauf, darüber nachzudenken, wie die „Belegschaft zu mobilisieren“ oder „auf Widerstand Leistende einzuwirken“ sei: Die menschliche Dimension der Arbeit und die langfristigen Ziele des Betriebes wurden dadurch verdeckt. Soziologen bezeichneten das als technokratische Deviation, als „Desintegration der Ziele des vergesellschafteten Betriebes“.<sup>26</sup> Drittens wurde der „Technokratismus“ durch das Prisma der Beziehungen zwischen den Leitern und den Arbeitern wahrgenommen.<sup>27</sup> Juliusz Waclawek stellte fest, daß die Konflikte zwischen denen, die die Entscheidungen trafen, und der Belegschaft zur Herauskristallisierung zweier Tendenzen führten, der technokratischen und der gegen die Intelligenz gerichteten. Die erstere ordnete die gesellschaftlichen Fragen der Technik und der Produktion unter und zeichnete sich durch eine Geringschätzung der Arbeiter aus.

Für die PZPR in den Betrieben bedeutete die Konkretisierung des technokratischen, für den Gebrauch soziologischer Analysen konstruierten Modells, daß alle diese Haltungen und Handlungsmethoden miteinander vermengt wurden. Im Bereich der Kontrolle zeigte sich das in der Einschränkung erzieherische und ideologische Mittel, die die Arbeit der Beschäftigten regulieren sollten. Die Ausnutzung ihrer Arbeitskraft erschien wichtiger als die Veränderung ihres Bewußtseins. Es gab auch eine andere Tendenz: je weiter man sich vom „Oktober“ entfernte, desto mehr schwand der Ehrgeiz nach Wirtschaftseffektivität zugunsten eines Wachens über die Planungsaufgaben. Die anfängliche Vision der Partei, „ein solches Modell zu schaffen, bei dem das Prinzip, es besser, billiger und schneller zu ma-

---

22 Vgl. Dariusz Jarosz, Notatka o sytuacji w Nowej Hucie z października 1955 roku (Aufzeichnung über die Situation in Nowa Huta vom Oktober 1955), in: Polska 1944/55–1989. Studia i materiały (Polen 1944/55–1989. Studien und Materialien) 2, 1997, Warszawa 1997, S. 309–330.

23 Maria Hirszowicz/Witold Morawski, Zu den Forschungen, S. 49–51.

24 Edward Lipiński, Bodźce (Die Stimuli), in: Kultura i Społeczeństwo (Kultur und Gesellschaft), Bd. 4 (1960), 1–2, 1960, S. 49–62.

25 Ryszard Dyoniziak, Społeczne uwarunkowania wydajności pracy. Próba analizy na tle funkcjonowania przedsiębiorstwa jako systemu społecznego (Die gesellschaftlichen Bedingtheiten der Arbeitsproduktivität. Versuch einer Analyse vor dem Hintergrund des Funktionierens des Betriebes als gesellschaftliches System), Warszawa 1967, S. 138–142.

26 Ebd.

27 Juliusz Waclawek, Z problematyki grup społecznych w zakładzie przemysłowym (Zum Problem der sozialen Gruppen im Industriebetrieb), in: Kultura i Społeczeństwo (Kultur und Gesellschaft), Bd. 8 (1964), 1, S. 55.

chen, konsequent hätte realisiert werden können“<sup>28</sup>, veränderte sich dahin, die einzelnen Grundsätze „der Kontrolle und der dienstlichen und materiellen Verantwortlichkeit für festgestellte Nachlässigkeiten bei der Arbeit zusammenzustellen“.<sup>29</sup> Die Routine der rezentralisierten Wirtschaft richtete den ökonomischen Ehrgeiz zugrunde. In einen solchen Alltag war der entideologisierte betriebliche „Technokratismus“ aus der Zeit der Wende von den fünfziger zu den sechziger Jahren eingebettet. Den Unwillen, Mittel des Zuredens anzuwenden, und den Willen, zu administrativen Methoden zurückzukehren, sprach der 1. Sekretär des Betriebskomitees der PZPR direkt aus:<sup>30</sup>

„Wir müssen damit Schluß machen, an die Fragen von der abstrakten und moralischen Seite aus heranzugehen. Ich habe schon öfter über die Notwendigkeit gesprochen, die persönliche materielle Verantwortlichkeit der Mitarbeiter für Nachlässigkeiten oder verursachte Verluste einzuführen. Wenn z. B. irgendwer Angaben unterschreibt, daß das Material gut ist, muß er dafür die Verantwortung tragen, denn der Mitarbeiter und nicht der Staat trägt die Verluste. Das ist die konkrete Schlußfolgerung unserer Parteiorganisation für die heutige KSR [Konferencja Samorządu Robotniczego; der Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung].“

Maciej Tymiński, der die Überwachung der Industriebetriebe durch die Partei in den Jahren 1956–1970 analysierte, kam zu dem Schluß, daß die Parteiorganisationen in diesem Zeitraum schwach, apathisch und der eigenen Initiative verlustig gegangen waren. Seiner Meinung nach kann das geringe Engagement der höheren Parteinstanzen bei der Überwindung der Passivität der Betriebsorganisationen darauf hindeuten, daß der Parteiapparat diese „Apathie“ als Methode zur Kontrolle der Betriebe akzeptierte.<sup>31</sup> Die von unten kommende Aktivität der Funktionäre abzublocken hätte ein zu großes politisches und wirtschaftliches Risiko dargestellt. Zur Tätigkeit der Betriebskomitees der PZPR nach 1956 paßt wohl auch die Bezeichnung „starke, aber mit Sand gefüllte Strukturen“ von Marcin Kula. In den Rosa-Luxemburg-Werken entschied die Stärke des Patrons – des Zentralkomitees der PZPR – darüber, wie die Position der betrieblichen Parteiorganisation und des Betriebes im System der zentralen Planung eingeschätzt wurde, sie garantierte jedoch nicht die wirksame Überwachung der Belegschaft.

## Die Gewerkschaften

Nach dem „Oktober“ wurde auf dem IV. Gewerkschaftskongreß 1958 die Rolle der Gewerkschaften bei der Überwachung und Disziplinierung der Belegschaften neu bestimmt. In der stalinistischen Zeit diente die Gewerkschaft der Transmission des Parteieinflusses in die Fabrik. In dem Augenblick, als Władysław Gomułka an die Macht kam, äußerten die Be-

28 APW, 180/IV-2, Referat z Plenum KZ PZPR im. R. Luksemburg. 14.XII.1956 (Referat auf dem Plenum des Betriebskomitees R. Luxemburg. 14.12.1956), Bl. 270.

29 APW, 1/1004, Uchwała Konferencji Samorządu Robotniczego, załącznik nr 3. 14.XI.1959 (Beschluß der Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung. Anlage 3. 14.11.1959), Bl. 238.

30 APW, 1/1004, Protokół z VII nadzwyczajnej KSR przy ZWLE im. Róży Luksemburg odbytej w dniu 14 listopada 1959 (Protokoll der am 14. November 1959 stattgefundenen VII. außerordentlichen Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung bei den ZWLE „Rosa Luxemburg“), Bl. 204.

31 Maciej Tymiński, PZPR und Betrieb, S. 35–136.

schäftigten ihr Mißtrauen gegenüber den Gewerkschaftsorganisationen.<sup>32</sup> Auch offiziell wurde im Beschluß des IX. Plenums des Zentralrats der Gewerkschaften (Centralna Rada Związków Zawodowych; CRZZ) am 18. November 1956 festgestellt, „daß die Gewerkschaften seit einer Reihe von Jahren aufgehört haben, ein Repräsentant, ein Sachwalter und ein Verteidiger der Interessen der Werktätigen in Volkspolen zu sein“.<sup>33</sup> Beklagt wurden eine allzu große Zentralisierung der Gewerkschaftsstrukturen und das Fehlen ihrer Unabhängigkeit. Gleichzeitig erfolgte – zusammen mit der Demokratisierungswelle – eine Trennung der Einflußsphären zwischen den Organisationen im Betrieb. Sie wurde entsprechend der sogenannten „Seitentheorie“ vorgenommen, nach der die Partei sich mit der „Initiative und Kontrolle“, die Selbstverwaltung mit der Wirtschaftsführung und die Gewerkschaften mit der Sozialgesetzgebung, die mit der Verteidigung der Belegschaftsinteressen verbunden war, zu befassen hatten.<sup>34</sup> Jedoch gelang es den obersten Organen schon 1958, die Rückkehr zur Konzeption des „Transmissionsriemens“ durchzusetzen und die sozialen mit den Produktionsfragen zu verbinden. Die Betriebsräte wurden erneut von den Betriebsparteikomitees abhängig gemacht.

Die Verbindung der sozialen Fragen mit der Pflicht, über die Arbeitsproduktivität zu wachen, verstrickte die Betriebsräte in ein Dilemma, das unmittelbar mit der verstärkten Kontrolle über die Arbeit der Belegschaft zusammenhing. Damit beschränkte sich die Tätigkeit der Gewerkschaften auf einen Bereich, der weder zu den Anweisungen der Partei noch zu den Erwartungen der Beschäftigten im Widerspruch stand. Die Gewerkschaftsorganisationen begannen immer mehr, an „Ämter für soziale Angelegenheiten“<sup>35</sup> zu erinnern. Dagegen erfüllten sie die Funktion eines Belegschaftsaufsehers um so weniger pflichteifrig, je mehr sich Brancheninteressen entwickelten und informelle, kollegiale Strukturen zunahmen. Das mußte man bei den aufeinanderfolgenden Mobilisierungskampagnen beachten. Im Laufe der sechziger Jahre verbreitete sich das desaggregierte Modell zur Erledigung der Arbeiterangelegenheiten. Anders gesagt, es wurde versucht, Probleme individuell zu entscheiden, um eine kollektive Interessenvertretung im Betrieb zu vermeiden.<sup>36</sup> Vor diesem Hintergrund kam es zu Spannungen zwischen den Vertrauensleuten und den höheren Gewerkschaftsinstanzen.

Paradoxerweise begann in den Rosa-Luxemburg-Werken die völlige Abkehr von der Demokratisierung der Arbeiterorganisation mit einer beinahe 100%igen Gewerkschaftsmitgliedschaft der Belegschaft. Während noch im Dezember 1957 in einer der Hauptabteilungen 53% Gewerkschaftsmitglieder anzutreffen waren, ging man im August 1958 bereits von 100% aus.<sup>37</sup> Zur selben Zeit trachtete die betriebliche PZPR danach, dem Betriebsrat ihre Linie aufzuzwingen und kritisierte die allzu weiche Überwachung der Mitarbeiter. Auf dem

---

32 Ebd., S. 208.

33 Tomasz Żukowski, *Związki zawodowe i samorząd robotniczy w polskich zakładach przemysłowych w latach 1944–1987* (Die Gewerkschaften und die Arbeiterselbstverwaltung in den polnischen Industriebetrieben in den Jahren 1944–1987), Białystok/Warszawa 1987, S. 56–59.

34 Maria Hirszowicz/Witold Morawski, *Zu den Forschungen*, S. 33; Maciej Tymiński, *PZPR und Betrieb*, S. 209; Tomasz Żukowski, *Die Gewerkschaften*, S. 56.

35 Maciej Tymiński, *PZPR und Betrieb*, S. 219.

36 Tomasz Żukowski, *Die Gewerkschaften*, S. 88–90.

37 APW, 1/1062, *Sprawozdanie Rady Oddziałowej przy Wydziale E-1, 1958 r.* (Bericht des Abteilungsrates bei der Abteilung E-1, 1958), Bl. 55.

Gebiet der Arbeitsdisziplin wurde den Abteilungsräten vorgeworfen, „die guten Onkelchen“ zu spielen, die angeblich zum Rückgang der Arbeitsmoral unter den Arbeitern beitragen würden.<sup>38</sup> Nicht nur die Betriebsorganisation der Partei, sondern auch deren höhere Instanzen wachten darüber, daß die Gewerkschaften in die Produktionsfragen und in die Mobilisierung der Mitarbeiter einbezogen wurden. Im Falle der ZWLE erfolgte das durch das Stadtbezirkskomitee der PZPR Wola, das „den Arbeitsbeitrag der Gewerkschaftsorganisationen auf dem Gebiet der Mobilisierung der Belegschaften zur Erfüllung der Planaufgaben für ungenügend“<sup>39</sup> hielt. Im Beschluß über die Arbeit der Betriebsräte in den Betrieben von Wola rief das Komitee dazu auf, bei der Realisierung der technisch-ökonomischen Kennziffern, der Übererfüllung der Planaufgaben, beim Arbeitswettbewerb, bei der Unterstützung neuer Arbeitsnormen sowie bei der Arbeitsproduktivität größere Aktivität zu zeigen. Die Gewerkschaften sollten sich auch für die „Beseitigung der Beschäftigungsauswüchse“, also für eine Aktion zur Entlassung von Mitarbeitern, engagieren.<sup>40</sup> Die Richtlinien aus der Zeit der Wende von den fünfziger zu den sechziger Jahren zeichneten sich erneut durch einen erzieherischen Ton und durch Moralismus aus. Die Abteilungsräte hatten die Rolle eines Aufsehers über die Arbeitsdisziplin zu übernehmen, der über „die Reife des Allgemeinbefindens und der Verantwortlichkeit für die Produktion, die gesellschaftliches und sozialistisches Eigentum ist, unter unseren Mitarbeitern“ wachte.

Da die Strukturen der offiziellen Organisationen schwach und inflexibel, aber stark institutionalisiert waren, wuchs die Rolle von individuellen und privaten Kanälen sowohl bei der Entscheidung von Mitarbeiterangelegenheiten, als auch im Hinblick auf die Einhaltung von Mitarbeiterpflichten. Die niedrigste und am wenigsten effektive Ebene der täglichen Kontrolle über die Arbeit bildete die sogenannte mittlere Überwachung: Meister und Abteilungsleiter. In den ZWLE hatten sie allerdings eine besonders starke Position. Schnell gelang es ihnen, die Arbeiterselbstverwaltung zu dominieren.<sup>41</sup> Sie verfügten auch über eine beträchtliche Verhandlungsmacht (*siła przetargowa*) bei der Realisierung der Partei- oder Verwaltungsbeschlüsse. Von ihnen hingen die Zuerkennung und der Abzug von Prämien, die Verteilung von Belohnungen, Personaleinstellungen und -entlassungen, die Kontrolle der Arbeitsdisziplin, die Überwachung der Vorschriften und die Entscheidung über die Löhne der Arbeiter ab.<sup>42</sup> Der „unsrige“ Leiter-Kumpel schützte seine Mitarbeiter vor einer Ver-

---

38 APW, 180/IV-3, Zebranie POP PZPR w Zakładach im. R. Luksemburg z dnia 17.9.1957 (odezwa) (Versammlung der Parteigrundorganisation der PZPR in den R.-Luxemburg-Werken vom 17.9.1957 /Aufruf/), Bl. 124.

39 APW, 40/IV-25, Uchwała Plenum KD PZPR Warszawa-Wola z dnia 11 września 1959 r. w sprawie pracy Rad Zakładowych wolskich zakładów pracy (Beschluß des Plenums des Stadtbezirkskomitees der PZPR Warschau-Wola vom 11. September 1959 zur Arbeit der Betriebsräte in den Betrieben von Wola), Bl. 115.

40 Ebd.

41 Rady Robotnicze dzielnicy Wola przygotowują się do realizacji uchwał XI Plenum KC PZPR (Die Arbeiterräte des Stadtbezirkes Wola bereiten sich auf die Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Plenums des ZK der PZPR vor), in: Samorząd Robotniczy (Die Arbeiterselbstverwaltung), 2 (1958), 4, S. 67. APW, 40/IV-39, Protokół nr 8 z posiedzenia Egzekutywy Komitetu Dzielnicowego PZPR w dniu 28 lutego 1964 (Protokoll Nr. 8 von der Sitzung der Exekutive des Stadtbezirkskomitees der PZPR vom 28. Februar 1964), Bl. 30.

42 APW, 2/9, Zakres odpowiedzialności i uprawnień Kier. Wydziałów i Działów, 1957 r. (Der Umfang der Verantwortlichkeiten und Befugnisse der Abteilungsleiter, 1957), Bl. 21.

änderung der Arbeitsnorm und drückte die Augen im Falle des Alkoholtrinkens oder einer Verspätung zu.<sup>43</sup> Wenn die Partei- und die Gewerkschaftsorganisationen kein Gehör fanden, dann hatte der Leiter mit Sicherheit reale Macht in den Händen. Nach Meinung meiner Interviewpartner war er es, der für Ordnung im Betrieb sorgte. Nach ihrer Überzeugung bildeten die Abteilungschefs als „Hausherren auf ihrem Gelände“ eine starke technokratische Struktur.<sup>44</sup> Während der ganzen Existenzdauer der VRP wohnte ihr die Tendenz inne, sich in ein Netz von Patron-Klient-Beziehungen umzuwandeln. Diese Frage bedarf jedoch noch weiterer Forschungen.

## „Die Mikrophysik“ der technologischen Macht

Im Kontrast zur institutionellen Kontrolle steht ihr Verständnis als Problem der „Mikrophysik der Macht“<sup>45</sup>, so wie sie Michel Foucault auffaßt, einer Kontrolle, die den Arbeitern durch den der modernen Fabrik eigenen Maschinenrhythmus aufgezwungen wird. Sicher läßt sich die Optik einer technologischen „Mikrophysik der Macht“ nicht strikt mit der historischen und vor allem der politischen Spezifik in Verbindung bringen, nach der die Industriebetriebe in der VRP funktionierten. Sie erlaubt es aber, anthropologische und zeiträumliche Dimensionen der Fabrikdisziplin wahrzunehmen. Die Rosa-Luxemburg-Werke waren eine von Tausenden Fabriken des 20. Jahrhunderts, in der die mit der Kontrolle und Koordination der Belegschaft zusammenhängenden Probleme des Taylorismus erkennbar sind. Ziel der disziplinarischen Macht in den Industrieunternehmen war es, den Körper, der grundsätzlich als Maschine behandelt wurde, zu manipulieren. Wie Michel Foucault schrieb, war die durch die Regulierung von Zeit und Raum mögliche Kontrolle über den Körper in den modernen Fabriken den technischen Erfordernissen der Produktion untergeordnet.<sup>46</sup>

Wenn man diese anthropologischen Reflexionen auf die Realität der Rosa-Luxemburg-Werke am Ende der fünfziger Jahre überträgt, werden in der zeiträumlichen Koordinierung der Arbeit schwerwiegende gesellschaftliche Konsequenzen sichtbar. Sie war mit einer sozialen Ausdifferenzierung der Belegschaft verbunden und fesselte die einzelnen Beschäftigtengruppen an den Rhythmus und die Disziplin der Produktion. Diese Erscheinung wurde dadurch verstärkt, daß in den Rosa-Luxemburg-Werken eine maximale Anwendung des Akkords angestrebt wurde, was übrigens in Übereinstimmung mit den Weisungen der Partei

---

43 APW, 180/IV-4, Referat na zebranie POP ZWLE im. R. Luksemburg w dniu 27.I.1960 (Referat auf der Versammlung der Parteigrundorganisation der ZWLE „R. Luxemburg“ vom 27.1.1960), Bl. 12.

44 Rozmowa z kierownikiem F. (Gespräch mit dem Leiter F.), Bl. 8.

45 Michel Foucault, *Nadzorować i karać. Narodziny więzienia*, Warszawa 1998 (dt.: *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt/M. <sup>3</sup>1994).

46 Anthony Giddens, *Uwagi krytyczne. Foucault o porządku w czasie i przestrzeni* (Kritische Anmerkungen. Foucault über die Ordnung in Zeit und Raum), in: ders. (Hg.), *Stanowienie społeczeństwa. Zarys teorii strukturacji* (Die Konstitution der Gesellschaft: Grundzüge einer Theorie der Strukturierung), Poznań 2003, S. 190–192 (dt. Frankfurt/M. 1988).

erfolgte. Die Betriebstechnokraten glaubten nämlich, daß das die beste und gleichzeitig leichteste Methode war, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen.<sup>47</sup>

An die Disproportionen beim Arbeitsrhythmus und bei den Arbeitsbedingungen zwischen den einzelnen Arbeitsstellen erinnerten sich die ehemaligen Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Werke gut. Arbeitshast und das Warten auf die nächste Pause bestimmten den Werktag der Beschäftigten, und das waren in der überwältigenden Mehrheit Frauen. „Die Frau hatte keine Zeit“ – bestätigte umgekehrt der Fachmann von der Werkzeugabteilung.<sup>48</sup> Das Abhängigsein von der antreibenden Maschine, die Arbeit im Akkord (z. B. bei der Montage) diktierten einen völlig anderen Rhythmus als im Falle der mit der Wartung Beschäftigten, den „Statisten der Produktion“. Diese konnten sich mehr Freiheit gestatten, wenigstens aufstehen, in der Zeit außerhalb der Pausen zwei Schritte gehen. Arbeiterinnen von der Abteilung Leuchtstofflampenproduktion erinnerten sich an das „auspowernde“ Tempo während ihres Alltags an der Maschine, an deren beschleunigten Lauf, wenn die Produktivität nicht zufriedenstellend war.<sup>49</sup> Ihre Kollegin von der technischen Kontrolle hatte viel mehr Freiheit und brüstete sich damit sehr. Ihre Arbeit gab viel Spielraum, wenn auch um den Preis niedriger Verdienste. Das war ein typischer Posten, der auf der Beibehaltung einer Planstelle beruhte, denn der Umfang an Verpflichtungen schien nicht übermäßig zu sein. Das war keine Arbeit, „das war eine Planstelle“ – kommentierte Frau D.<sup>50</sup> Der Beschäftigungstyp entsprach offenbar einer Arbeitsorganisation, die nicht die beste war.

Ch: „Ich hatte eine gute Arbeit, denn ich konnte mich eine Stunde ins Bad setzen, ich konnte mich der Kontrolle entziehen. Das war eine leichte Arbeit. Ich kam und ging, wie ich wollte. Ich hatte einen solchen Spielraum. Frau Janina [Frau D. – M. M.] hatte eine andere Arbeit. Von der Pumpe konnte sie nicht weggehen. Das war Arbeit am Band.

D: Nicht so sehr am Band, als vielmehr in ständiger Bewegung. [...]

Ch: Wenn es nichts zum Arbeiten gab, dann konnte ich mich sonnen gehen, durch die Stadt laufen.

D: Die Ungleichheit bei der Verteilung der Kader. Bei den einen war eine übermäßige Überfüllung. Ein Kader hatte buchstäblich nichts zu tun. Nur die Planstelle gab es.

Die unablässige Improvisation bei der Organisation der Arbeit und der Arbeitszeit bildete im Taylorismus der Mangelwirtschaft die Kehrseite der Routine. Der Stillstand und die damit verbundenen Anforderungen, verlorene Zeit wettzumachen, zwangen zu Überstunden, die in der VRP mißbraucht wurden. Nach der Gesetzgebung war die Überstundenarbeit streng limitiert und reglementiert. Entgegen den Grundsätzen des Gesetzes von 1919 sowie den Weisungen der Regierung wurden Überstunden oft als Mittel angewandt, die normalen, geplanten Produktionsaufgaben zu erfüllen. Dafür waren 30% bis 50% der registrierten

---

47 APW, 1/1003, Protokół z odprawy aktywu Wydziału TM w dniu 13 października 1958 zwołanej w sprawie przerwania pracy przez pracowników (Protokoll von der Besprechung des Aktivs der Abteilung TM am 13. Oktober 1958, einberufen zur Frage der Arbeitsunterbrechung durch die Mitarbeiter), Bl. 207.

48 Rozmowa z K. (Gespräch mit K.), Bl. 6.

49 Rozmowa z O. i D. (Gespräch mit O. und D.), Bl. 2.

50 Rozmowa z Ch. i D. (Gespräch mit Ch. und D.), Bl. 5 und 7.

Überstunden vorgesehen.<sup>51</sup> Auf die oben genannte Erscheinung wirkten nicht nur äußere Faktoren wie der Arbeitskräftemangel, die unrythmische Produktion oder zusätzliche Aufträge ein, sondern auch der Druck der Arbeiter selbst. So wurde allgemein besonders in den Branchen verfahren, in denen die Löhne niedriger als im Landesdurchschnitt lagen.<sup>52</sup> Entgegen den Befunden von Maciej Tymiński, daß die Anwendung von Überstunden eine durch die Arbeiter allgemein akzeptierte Form der Manipulierung der Arbeitszeit war,<sup>53</sup> bezeugen die Ergebnisse von Forschungen, die in einer Maschinenindustriefabrik in Łódź durchgeführt wurden, daß es negative Meinungen zu diesem Thema gab.<sup>54</sup> Sie waren nicht nur unter den Beschäftigten verbreitet, die mit ihren Verdiensten zufrieden waren, sondern auch unter den Frauen.

Das die Rosa-Luxemburg-Werke betreffende Material bestätigt dies. In ihm werden Überstunden nicht nur als Mittel beschrieben, bessere Einkommen zu erzielen, sondern sie galten auch als eine peinigende Pflicht, die durch die Produktionsleiter aufgezwungen wurde. Die Folge war Überarbeitung. Solche extensiven Arbeitsmethoden trafen besonders Arbeiterinnen, die durch viele häusliche Pflichten belastet waren.<sup>55</sup>

O: Als ich ein Kind hatte, habe ich bis zu 16 Stunden gearbeitet. Den einen Tag da habe ich gekocht. Am andern Tag kam ich um sieben [früh – M. M.] von der Arbeit. Ich habe zwei Stunden geschlafen, bis um neun. Ich bin aufgestanden, habe das Mittagessen für die Familie, für das Kind gemacht und ging noch zur Arbeit.

D: Das war eine Zwangslage.

Die damaligen polnischen Soziologen waren sich über die negativen Konsequenzen des Taylorismus, der Fragmentierung und Monotonie der Arbeit sowie eines Produktionsregimes im klaren, das die Arbeiter von den Maschinen abhängig machte.<sup>56</sup> Auf die Arbeiterselbstverwaltung richteten sie ihre trügerische Hoffnung im Kampf gegen die Entfremdung der Arbeit.<sup>57</sup> Durch die Beteiligung am Arbeiterrat sollten sich die Beschäftigten als „Mit-hausherren“ des Betriebes und dadurch mit diesem mehr als durch das gewöhnliche Arbeitsverhältnis oder die Fürsorge patrimonialen Typs verbunden fühlen. Die Ende 1956 geschaffenen Arbeiterräte wurden jedoch nach etwa einem Jahr den Betriebsparteiorganisa-

---

51 Walery Masewicz, *Praca w godzinach nadliczbowych w przemyśle polskim w latach 1919-1970* (Die Überstundenarbeit in der polnischen Industrie in den Jahren 1919–1970), Wrocław u. a. 1977, S. 77–178.

52 Ebd., S. 186.

53 Maciej Tymiński, *Nadużycia i manipulacje. Strategie przystosowawcze pracowników przedsiębiorstw* (Mißbräuche und Manipulationen. Die Anpassungsstrategien der Beschäftigten in den Betrieben), in: Grzegorz Miernik (Hg.), *Die Polen und die VRP*, S. 168–169; Maciej Tymiński, *Malwersacje w przedsiębiorstwach socjalistycznych w Polsce* (Unterschlagungen in den sozialistischen Betrieben in Polen) (1950–1970), in: *Dzieje Najnowsze* (Neueste Geschichte), Bd. 34 (2002), 4, S. 97–113, hier: S. 107f.

54 Walery Masewicz, *Die Überstundenarbeit*, S. 186.

55 *Rozmowa z D. i O.* (Gespräch mit D. und O.), Bl. 11.

56 Maria Hirszowicz, *Wstęp* (Einleitung), in: Maria Hirszowicz (Hg.), *Der Mensch*, S. 29.

57 Maria Jarosz, *Samorząd robotniczy w przedsiębiorstwie przemysłowym* (Die Arbeiterselbstverwaltung im Industriebetrieb), Warszawa 1967, S. 50; Jolanta Kulpińska u. a., *Postawy robotników wobec pracy* (Die Einstellungen der Arbeiter zur Arbeit), in: Zbigniew Boksański/Jolanta Kulpińska/Jan Woskowski (Hg.), *Współczesna polska klasa robotnicza* (Die gegenwärtige polnische Arbeiterklasse), Warszawa 1975, S. 173.

tionen untergeordnet, und Anfang 1958 verloren sie die Reste ihrer Unabhängigkeit.<sup>58</sup> Entgegen den Erwartungen auch der Soziologen, daß sich zusammen mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt der Unterschied zwischen körperlicher und geistiger Arbeit verwischen wird,<sup>59</sup> existierte in der polnischen Industrie ständig eine große Nachfrage nach niedrig qualifizierten Arbeitern, die daraus resultierte, daß es an Automatisierung und modernen Technologien mangelte.<sup>60</sup> Daher blieb die polnische Bewegung zur Humanisierung der Arbeit eine Domäne akademischer Diskussionen, und die Art und Weise, wie in den Rosa-Luxemburg-Werken produziert wurde und sich die Arbeitsbedingungen gestalteten, wurde in der Nachkriegszeit nur wenig modifiziert.

## Die administrative Kontrolle. Die Arbeitsdisziplin

1956 brach sich als Höhepunkt des „Tauwetters“ die herrschende Unzufriedenheit Bahn. Władysław Gomułka kam an die Macht, und die Arbeiterselbstverwaltung entstand. Das markierte den Anfang einer neuen, vorübergehenden Periode, die auf die Jahre 1956–58 datiert wird.<sup>61</sup> Für die Partei-, Gewerkschafts- und Administrativorgane, die eine Krise durchmachten, bedeutete der Demokratisierungsprozeß in den Betrieben auch einen Zusammenbruch von Arbeitsdisziplin und Fabrikregime. Inbegriff der bisherigen administrativen Kontrolle, auf die alle Betriebsorganisationen Anspruch erhoben, war das stalinistische Gesetz über die Gewährleistung der sozialistischen Arbeitsdisziplin von 1950.<sup>62</sup> Das Gesetz zielte auf die Bekämpfung von Pflichtverletzungen durch die Beschäftigten ab, wie etwa unentschuldigte Abwesenheit vom Arbeitsplatz. Die Strafen für „böswillige und beharrliche Verletzung der sozialistischen Arbeitsdisziplin“ umfaßten sogar die Sanktion einer sechsmonatigen Haft.<sup>63</sup> Ungünstige Veränderungen gab es auch im Bereich der Gerichtsbarkeit. 1950 wurden die Arbeitsgerichte abgeschafft, die vor dem Krieg das Vertrauen der Arbeit-

58 Maria Hirszczyk/Witold Morawski, Zu den Forschungen; Szymon Jakubowicz, *Bitwa o samorząd 1980–81* (Die Schlacht um die Selbstverwaltung 1980–81), London 1988, S. 25–55; Maria Jarosz, *Arbiterselbstverwaltung*; Maciej Tymiański, *PZPR und Betrieb*.

59 Jan Szczepański, *Przedmowa* (Vorwort), in: *Pracownicy przedsiębiorstwa elektronicznego. Studium socjograficzne załogi Wrocławskich Zakładów Elektronicznych ELWRO, Zakład im. Ossolińskich* (Die Beschäftigten eines elektronischen Betriebes. Soziographische Studie zur Belegschaft der Wrocławer Elektronischen Werke ELWRO. Ossoliński Betrieb), Wrocław-Warszawa-Kraków 1967, S. 5.

60 Przemysław Wójcik (Hg.), *Położenie klasy robotniczej w Polsce, t. I: Warunki pracy i poziom zdrowotności robotników* (Die Lage der Arbeiterklasse in Polen, Bd. I: Die Arbeitsbedingungen und das Niveau des Gesundheitszustandes der Arbeiter), Warszawa 1984, S. 40.

61 Andrzej Paczkowski, *Pół wieku dziejów Polski 1939–1989* (Ein halbes Jahrhundert der Geschichte Polens 1939–1989), Warszawa 1998, S. 309–325; Andrzej Friszke, *Losy państwa i narodu 1939–1989* (Die Schicksale von Staat und Nation 1939–1989), Warszawa 2003, S. 215–234.

62 *Ustawa z dnia 19 kwietnia 1950 roku o zabezpieczeniu socjalistycznej dyscypliny pracy, uchwała Rady Ministrów z dnia 5 maja 1950 r. oraz Pismo Okólne Nr 2 Prezesa Rady Ministrów z dnia 31 maja 1950 r.* (Gesetz vom 19. April 1950 über die Gewährleistung der sozialistischen Arbeitsdisziplin, Beschluß des Ministerrates vom 5. Mai 1950 sowie Rundschreiben Nr. 2 des Vorsitzenden des Ministerrates vom 31. Mai 1950) in: *Dziennik Ustaw* (Gesetzblatt) 1950, nr 20, poz. 168.

63 Ebd. Vgl. Waclaw Szubert, *Zarys prawa pracy* (Abriß des Arbeitsrechts), Warszawa 1980, S. 35–37; Dariusz Jarosz, *Die Polen und der Stalinismus*, S. 68.

terbelegschaften genossen. Sie wurden durch Schiedskommissionen ersetzt, die den subordinierten Gewerkschaften unterstanden. In der Zeit von 1950–1956 fanden Instruktionsvorschriften, das sogenannte „Vervielfältigungsrecht“, breite Anwendung. Nicht selten standen diese Vorschriften im Widerspruch zur offiziellen Rechtsprechung.<sup>64</sup> Die Gesetze über die Gewährleistung der sozialistischen Arbeitsdisziplin sowie über das Arbeitsgebot bedeuteten eine radikale Strafbewehrung des Arbeitsrechts. Sie symbolisierten den unmittelbaren administrativen Druck und waren bei den Arbeitern verhaßt. Beide Gesetze wurden 1956 aufgehoben. Zusammen mit ihnen gab man auch die bisherigen Mobilisierungsmethoden auf: den Kult der Arbeitsaktivisten und den Arbeitswettbewerb. An der Schwelle zu den sechziger Jahren gelang es jedoch, die Situation in den Betrieben zu stabilisieren und einen Teil der Lösungen aus der Zeit vor dem Oktober 1956 wiederherzustellen.

Der Zusammenbruch der Rechts- und administrativen Ordnung war für die Leitung der Rosa-Luxemburg-Werke eine ernste Herausforderung. Aufs neue stellte sich das Problem, die Betriebsordnung wiederaufzubauen. Zwei Jahre lang (1956–1958) wurde im ZWLE kein Arbeitswettbewerb durchgeführt.<sup>65</sup> Die betrieblichen Strukturen des Verbandes der Polnischen Jugend (Związek Młodzieży Polskiej; ZMP), der polnischen Entsprechung der FDJ, wurden aufgelöst. Dies schuf Raum für die Gestaltung neuer Arbeits- und Überwachungsverhältnisse. Das Spiel zwischen der politischen und administrativen Leitung des Betriebes sowie der Belegschaft war jedoch von Anfang an ungleich. Auf Anweisung ihrer Vorgesetzten im ZK der PZPR und im Zentralrat der Gewerkschaften suchten die Betriebsorganisationen mit Hilfe der neuen Rechtsmittel die gebührende Ordnung wiederherzustellen. Die Beschäftigten konnten sich den Stabilisierungs- und Konsolidierungsmaßnahmen der Machtausübenden nur in spontaner und informeller Weise entgegenstellen.

Das erste Problem, welches aus der Rücknahme des Gesetzes über die Gewährleistung der sozialistischen Arbeitsdisziplin erwuchs, stellte die Unterordnung der Mitarbeiter dar. Die Direktion und die Parteiorganisation im ZWLE, die keine entsprechenden Instrumente zur Durchsetzung der Disziplin zur Hand hatten, bedienten sich derweil verbaler Mittel. Als Ursachen für die Lockerung des Betriebsregimes wurden „das falsche Verständnis der im Lande vor sich gegangenen Oktoberveränderungen“ und die Vorstellung von „Demokratie als Fehlen jeglicher Zwangsmaßnahmen“ ebenso ausgemacht, wie die Auffassung von der „Abschaffung des Beschlusses über die sozialistische Arbeitsdisziplin als Möglichkeit, zur Arbeit zu kommen, wenn es gefällt“.<sup>66</sup> Symptome dieser Krise waren Verspätungen, das frühere Weggehen von der Arbeit und eine hohe Abwesenheit wegen Krankheit. Die Landesstatistiken bestätigen diese Tendenz. Der prozentuale Anteil ungerechtfertigten Fernbleibens erhöhte sich von 3,8% 1955 auf 6% 1958, verringerte sich aber nachfolgend systematisch und fiel 1962 auf 3,4%.<sup>67</sup> Die Verbesserung der Arbeitsdisziplin ab etwa 1960 wurde

64 Waclaw Szubert, *Arbeitsrecht*, S. 36–37.

65 APW, 1/1090, Protokół z posiedzenia Prezydium Rady Zakładowej z dnia 3.VII.1961 r. (Protokoll der Sitzung des Präsidiums des Betriebsrates vom 3.7.1961), Bl. 129.

66 APW, 180/IV-3, Zebranie POP z dnia 17 września 1957 (odezwa) (Versammlung der Parteigrundorganisation vom 17. September 1957 /Aufruf/), Bl. 121; APW, 1/1067, Protokół z Narady Produkcyjnej Wyzd. TM odbytej dnia 22 lutego 1957 r. (Protokoll der am 22. Februar 1957 stattgefundenen Produktionsberatung der Abt. TM), Bl. 6.

67 Maksymilian Józef Ziomek, *Absencja w pracy* (Die Abwesenheit von der Arbeit), Warszawa 1964, S. 9–21, 62–63.

in hohem Grade durch die Verschärfung der Vorschriften auf diesem Gebiet beeinflusst, von denen am Beispiel der Rosa-Luxemburg-Werke die Rede sein wird.

Der Parteiorganisation in den ZWLE gelang es gemeinsam mit der Betriebsverwaltung, Mitte 1957 die ersten ernsteren Sanktionen aufzuerlegen. Im Arbeiterrat wurde ein Beschluß forciert, nach dem für Abwesenheit finanzielle Strafen vollstreckt werden sollten.<sup>68</sup> Der staatliche Arbeitgeber mußte auch den Widerstand der Meister und Abteilungsleiter überwinden, die für die Verwirklichung des Arbeitsreglements verantwortlich waren. Das schon früher erwähnte Etikett des „guten Onkelchens“ verdienten sich alle diejenigen, die die Sanktionen gegen die Beschäftigten liberaler behandelten, als das die „offiziellen Vertreter“ wollten. In den Rosa-Luxemburg-Werken wurden nach 1956 dazu die mittlere Überwachungsebene und die Abteilungsgewerkschaftsräte gerechnet, die sich „einem scharfen, notwendigen Vorgehen“ auf dem Gebiet der Arbeitsdisziplin widersetzen.<sup>69</sup> Wenn man aber z. B. die Arbeiter über Stunden bei der Arbeit halten wollte, war in dieser Frage ein Kompromiß zwischen dem Meister und seinen Untergebenen notwendig. Zu diesem kam es sicher dadurch, daß verschiedene Abweichungen von der Disziplin ignoriert wurden, die während der regulären Arbeitsstunden auftraten.

Die ganze Zusammenstellung der vorgeschriebenen Strafen und der Vorschriften wurde den Verwaltungen der Betriebe 1958 zur Verfügung gestellt. Ein wichtiges disziplinierendes Instrument waren das Gesetz zur Bekämpfung von Mißbräuchen der Arbeitsunfähigkeits-Atteste<sup>70</sup> und die Verordnung des Ministerrates zu Grundsätzen und Verfahren der Kontrolle von Beschäftigten, die auf der Grundlage von Attesten über eine zeitweilige Arbeitsunfähigkeit von der Arbeit befreit waren.<sup>71</sup> Die neuen gesetzlichen Mittel ermöglichten es, die Beschäftigten zu Hause zu kontrollieren und die Personen zu bestrafen, die eine Krankheit simulierten. In den Jahren 1958–1964 wurden in Polen fast drei Mio. Personen, die ärztliche Befreiungen nutzten, kontrolliert. 100 000 von ihnen wurden finanziell bestraft.<sup>72</sup> Das Prinzip, Kredite für Krankenbeihilfen zu limitieren, wurde eingeführt, die Praxis, eine ärztliche Befreiung nur bei Feststellung hohen Fiebers zu erteilen, fortgesetzt. Den Ärzten wurden spezielle Zulagen zuerkannt, die sie gleichsam in die Rolle von „Wächtern über die krankheitsbedingte Abwesenheit“<sup>73</sup> brachten, da sie Prämien erhielten, wenn im Betrieb der Abwesenheitsindex niedrig war. Folglich kümmerten sie sich um gutaussehende Abwesenheitskennziffern, weniger hingegen um die Prophylaxe.<sup>74</sup>

---

68 APW, 180/IV-3, Zebranie POP z dnia 17 września 1957 (odezwa) (Versammlung der Parteigrundorganisation vom 17. September 1957 /Aufruf), Bl. 122–124.

69 Ebd. Bl. 124.

70 Dziennik Ustaw (Gesetzblatt), nr 35, poz. 154.

71 Dziennik Ustaw (Gesetzblatt), nr 42, poz. 198.

72 Przemysław Wójcik (Hg.), Die Lage der Arbeiterklasse, Bd. I, S. 226–227.

73 Magdalena Sokołowska, Socjomedyczne problemy zakładu przemysłowego (Soziomedizinische Probleme des Industriebetriebes), in: Kultura i Społeczeństwo (Kultur und Gesellschaft), Bd. 7 (1963), 2, S. 145.

74 Ebd.

Die praktische Anwendung der Beschlüsse im Betrieb brachte Probleme mit sich, über die sich diejenigen im klaren waren, die in den Rosa-Luxemburg-Werke die Entscheidungen trafen:<sup>75</sup>

„Genosse Aniołek erinnerte daran, daß in unserem Betrieb sehr viele Frauen arbeiten, bei denen die Kinder krank werden und die daher oft nicht zur Arbeit kommen können [...] Die Zahl der an einem Tag Fehlenden beträgt durchschnittlich 350 Personen [bei ca. 5 000 Beschäftigten – M. M.]. Es ist zu befürchten, daß sich die Genossen vom Rat in diesen Verzeichnissen verlieren und daß, wenn die Abteilungsleiter darüber zu entscheiden haben, wo man wirkliche Krankheiten angeben muß, dann Fälle vorkommen können, bei denen die Leiter ihre ‚Kumpels‘ nicht angeben werden.“

Auf den Vorbereitungsversammlungen zur Einführung der neuen Sanktionen und Reglementierungen, die die bisherigen Vorschriften verschärften, wurden Beispiele von Bummelantentum, der Simulierung von Krankheiten und der Fälschung von ärztlichen Befreiungen vorgebracht. Es wurde direkt der Preis angegeben, den ein „gelinktes“ Papier der Poliklinik kostete: 100 Zł – bei einem Durchschnittslohn von ca. 1 500 Zł monatlich.<sup>76</sup>

Die Pflicht, die kranken Mitarbeiter zu Hause zu kontrollieren, mobilisierte nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Verwaltung des Betriebes. Die Betriebe arbeiteten jedoch ungern mit der Sozialversicherungsanstalt (Zakład Ubezpieczeń Społecznych; ZUS) zusammen, wenn es darum ging, Informationen über die Abwesenheit von Mitarbeitern zu erteilen.<sup>77</sup> Sie schützten sich auf diese Weise vielleicht davor, daß der Fonds verringert wurde, der für die Krankenbeihilfen vorgesehen war. Diese sollten, wie schon erwähnt, ab 1958 limitiert werden.

In den Rosa-Luxemburg-Werken berief die Direktion eine spezielle Kommission, die durch die Kontrolle außerhalb der Fabrik festhalten sollte, ob der Mitarbeiter beim Gesundheitsurlaub „sich nach den ärztlichen Anweisungen richtet [...], und im besonderen, ob er nicht die Befreiung ausnutzt, um sich der Arbeit in den ZWLE zu entziehen oder in der Zeit der Befreiung eine andere Erwerbsarbeit auszuüben“.<sup>78</sup> Die Besuche zu Hause oder an einem anderen Ort außerhalb des Betriebes wurden durch die Direktion finanziert, die den Kontrolleuren ein Auto zur Verfügung stellte und den umherfahrenden Mitarbeitern ihren Tagesdurchschnittslohn garantierte. Zuvor sollten durch die Abteilungsleiter Listen von Personen angefertigt werden, die der Simulierung einer Krankheit verdächtigt wurden oder die ohne Entschuldigung bei der Arbeit fehlten.<sup>79</sup> Im März 1958 konnte sich die Kommission zur Kontrolle der Mitarbeiterabwesenheit rühmen, 18 Ausfahrten ins Gelände gemacht

---

75 APW, 1/1085, Protokół z posiedzenia Plenum Rady Zakładowej i Komitetu Partyjnego przy ZWLE im. Róży Luksemburg w dniu 31.III.1958 r. (Protokoll der Plenarsitzung des Betriebsrates und des Parteikomitees bei den ZWLE „Rosa Luxemburg“ vom 31.3.1958), Bl. 57.

76 Ebd., Bl. 58.

77 Co ujawniła kontrola ZUS w stolicy i w województwie warszawskim (Was offenbarte die Kontrolle des ZUS in der Hauptstadt und in der Wojewodschaft Warschau), in: Samorząd Robotniczy (Die Arbeiterselbstverwaltung), 2 (1958), 4, S. 10–13.

78 APW, 2/10, Dział Organizacji i Zarządzania, Zarządzenie Dyrektora Naczelnego nr 36 (Abteilung für Organisation und Verwaltung. Anordnung des Hauptdirektors Nr. 36), Bl. 204.

79 APW, 1/1106, Rada Zakładowa, Wnioski Komisji Socjalnej, 1958 r. (Betriebsrat. Anträge der Sozialkommission, 1958), Bl. 347.

und eine Statistik angefertigt zu haben, die vom Erfolg der durchgeführten Aktion zeugte.<sup>80</sup> In dem Monat, der der Operation vorherging, wurden 1 757 Abwesenheiten notiert, in demjenigen, in dem die Besuche begannen, waren es lediglich 501. In der ersten Bilanz informierte die Kommission über vier Mißbräuche ärztlicher Befreiungen.<sup>81</sup> Es ging u. a. um eine Reise zur Erledigung von Erbangelegenheiten oder auch eine Fahrt zur Familie.

Die Interviews mit ehemaligen Arbeiterinnen des ZWLE suggerieren, daß „Krankenbesuche“ vor allem auf körperlich arbeitende Mitarbeiter abzielten. Sie gaben zu, daß Frauen im Arztzimmer mitunter simulierten, „damit diese Mitarbeiterin sich ein bißchen ausruhte und eine Zeitlang zu Hause lebte“. Nach Meinung von Frau O. und Frau D., die Kollegen in der Kontrollkommission hatten, fuhr man niemals zu Angestellten.<sup>82</sup>

D: „Hier wurde nicht der Mitarbeiter gesehen, nur der Roboter, den man schnell zur Arbeit zusammenraffen mußte, und er soll schaffen. Er soll nicht denken, sondern er soll arbeiten. Denn Denken war dort nicht nötig, nur Arbeit.“

O: „Arbeitskraft.“

Beide Arbeiterinnen wurden zu Hause besucht, als sie sich dort mit ärztlicher Befreiung aufhielten. Die Besuche aus dem Betrieb empfanden sie als demütigend. Frau O., die in der Produktion beschäftigt war, hatte sich das Bein verstaucht und wurde im Laufe von acht Tagen zweimal durch die Kommission kontrolliert. „Ich muß mich nicht bei Ihnen entschuldigen“, sagte sie angeblich empört zur Kontrolleurin.<sup>83</sup>

Die soziologischen Forschungen aus den sechziger Jahren bestätigen die These, daß in der Sphäre von Überwachung und Disziplin die körperlich arbeitenden Beschäftigten viel argwöhnischer behandelt wurden als die geistig Tätigen.<sup>84</sup> 68% der Arbeiter fanden, daß es sehr schwer war, einen arbeitsfreien Tag zu erhalten. Statistisch gesehen, wurde die Strafpolitik im Bereich der Arbeitsdisziplin gegenüber jungen Beschäftigten, Frauen und niedriger qualifizierten Arbeitern häufiger als bei anderen angewandt.<sup>85</sup>

## Die Überwachung der Arbeitsbedingungen

Ähnliche Überwachungsmittel wurden in den Rosa-Luxemburg-Werken nicht angewandt, wenn es um Arbeitssicherheit und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ging. Wie Anfang der sechziger Jahre Magdalena Sokołowska, eine polnische Soziologin und Ärztin, schrieb, bewirkte der administrative Druck schnell eine Verringerung der krankheitsbedingten Abwesenheit. Das bedeutete aber nicht, daß die Gesundheit der Beschäftigten oder

---

80 APW, 180/IV-3, Referat na zebranie POP ZWLE im. R. Luksemburg w dniu 21 maja 1958 r. (Referat auf der Versammlung der Parteigrundorganisation des ZWLE „Rosa Luxemburg“ vom 21. Mai 1958), Bl. 245.

81 Ebd.

82 Rozmowa z D. i O. (Gespräch mit D. und O.), Bl. 5.

83 Ebd.

84 Jadwiga Kalinowska, Stopień zdyscyplinowania robotników i przeciwdziałanie wykroczeniom pracowniczym (Der Grad der Disziplinierung der Arbeiter und das Gegenwirken gegen Vergehen der Beschäftigten), in: *Z zagadnień kultury pracy robotników przemysłowych* (Zu Problemen der Arbeitskultur von Industriearbeitern), bearb. v. Krystyna Bursche, Warszawa 1969, S. 61–79.

85 Ebd.

die Arbeitssicherheit besser wurden.<sup>86</sup> Bis zum Ende der VRP war das ein sehr vernachlässigtes Gebiet.<sup>87</sup> In der stalinistischen Zeit hing die Staatliche Arbeitsinspektion (Państwowa Inspekcja Pracy) von den lokalen Verwaltungsbehörden ab. 1950 wurde nach sowjetischem Vorbild eine gesellschaftliche Arbeitsinspektion gebildet, die durch die Beschäftigten selbst ausgeübt wurde. In Wirklichkeit jedoch waren ihre Befugnisse gering.<sup>88</sup> 1954 übernahmen die Gewerkschaften die Kompetenzen zur Kontrolle über die sogen. bhp [bezpieczeństwo i higiena pracy; Arbeitssicherheit und -hygiene], was aber bei ihrer Abhängigkeit vom staatlichen Arbeitgeber die Situation nicht verbesserte. Die gewerkschaftlichen Arbeitsinspektoren blieben zwar auch nach 1956 den Branchengewerkschaften untergeordnet, die Häufigkeit ihrer Betriebsbesichtigungen verringerte sich aber an der Wende von den fünfziger zu den sechziger Jahren systematisch.<sup>89</sup> Angesichts dessen, daß die Beschäftigung und die Zahl der Betriebe zunahm, war das eine sehr beunruhigende Tendenz. Untersuchungen der Generalstaatsanwaltschaft von 1962 über die Effektivität der gesellschaftlichen Arbeitsinspektoren zeigten wiederum, daß deren Tätigkeit in sehr vielen Industriebetrieben eine Fiktion war. Es wurde darauf hingewiesen, daß ihr doppelter Status als Mitarbeiter, die der Leitung unterstellt waren, und zugleich von Kontrolleuren der Maßnahmen der Direktion die Wirksamkeit ihres Handelns paralyisierte.<sup>90</sup>

Bei der Durchführung der technokratischen Politik bemühten sich die Direktion und die Gewerkschaftsorganisationen der ZWLE nicht um eine Strategie, die die ökonomischen und disziplinierenden Mittel zur Erhöhung der Produktivität mit der Kontrolle der Arbeitsbedingungen verbunden hätte. Alle Veränderungen auf dem Gebiet der bhp erfolgten durch den von unten kommenden Druck seitens der Mitarbeiter nicht aber durch von oben kommende Anordnungen. Dabei war eine Überwachung der Arbeitssicherheit und -hygiene in den Rosa-Luxemburg-Werken sehr nötig. Erst nach 1956 war es allmählich kein Tabuthema mehr, daß die Arbeit im Betrieb sehr gesundheitsschädlich war. Ursache dafür war die Anwendung von Quecksilber und Blei bei der Lampenproduktion.<sup>91</sup> Noch Mitte der fünfziger Jahre wurden im Betriebsambulatorium keine Untersuchungen durchgeführt, inwieweit diese chemischen Substanzen im Organismus enthalten waren.<sup>92</sup> Als das Problem von Blei und Quecksilber, sehr gefährliche und langwierige Krankheiten auszulösen, offenbar wurde, ignorierten es sowohl die für die Durchführung der periodischen Untersuchungen zuständigen Abteilungsleiter als auch die Mitarbeiter selbst. 1958 meldeten sich nur 10% der Beleg-

---

86 Magdalena Sokołowska, *Soziomedizinische Probleme*, S. 143.

87 Przemysław Wójcik (Hg.), *Die Lage der Arbeiterklasse*.

88 Dariusz Jarosz, *Die Polen und der Stalinismus*, S. 67–68. Tadeusz Grzeszczyk, *Inspekcja pracy (Die Arbeitsinspektion)*, in: Jan Rosner (Hg.), *Polityka społeczna i służby społeczne w PRL (Sozialpolitik und Sozialdienste in der VRP)*, Warszawa 1972, S. 121–123.

89 Tadeusz Grzeszczyk, *Die Arbeitsinspektion*, S. 135. 1958 wurden 24 021 Industriebetriebe besichtigt, 1959 – 25 555, 1961 – 19 281 und 1964 nur noch 16 490 Fabriken.

90 Ebd., S. 148–149.

91 APW, 1/1062, Protokół z zebrania sprawozdawczo-wyborczego Rady Oddziałowej Wydz.E-5, dnia 15 stycznia 1959 r. (Protokoll der Wahlberichtsversammlung des Abteilungsrates der Abt. E-5 vom 15. Januar 1959), Bl. 227. „Alle die, die von Anfang an [in den Rosa-Luxemburg-Werken] arbeiten, wissen gut, daß es irgendwelche ärztlichen Untersuchungen nicht gab. Niemand wußte, daß das eine schädliche Arbeit ist. Auch bequemte sich niemand von der Leitung, uns in Kenntnis zu setzen, wie schädlich Bleie für die Gesundheit sind.“

92 Rozmowa z B. (Gespräch mit B.), Bl. 9.

schaft für Untersuchungen des Grades giftiger Substanzen im Organismus. Ursachen für die Geringschätzung der Diagnostik konnte es viele geben. Da war einerseits das ungenügende Engagement der Betriebsleitung für die Gesundheitsprobleme der Mitarbeiter. Andererseits konnte diese Geringschätzung der Diagnostik seitens der Belegschaft ihren Ursprung in der Befürchtung haben, den bisherigen Arbeitsplatz zu verlieren oder beim Lohn ungünstiger eingestuft zu werden. Sie resultierte, wie eine der Organisatorinnen dieser Untersuchungen feststellte, aus einem niedrigen Gesundheitsbewußtsein, aber auch „aus der Geistesart des sich Widersetzens: das, was sie von mir wollen, das gebe ich ihnen nicht“.<sup>93</sup>

Niemand gab Obacht, ob sich die Mitarbeiter an die Anweisungen der bhp oder die prophylaktischen Empfehlungen hielten, die sie vor den Giften schützen sollten. In den Rosa-Luxemburg-Werken wurde zwar Milch getrunken, die man in den polnischen Betrieben als „Gegengift“ austeilte.<sup>94</sup> Es wurde jedoch nicht nachgeprüft, ob die Arbeiter, die mit Quecksilber zu tun hatten, sich vor den Mahlzeiten und am Arbeitsende die Zähne putzten, was eigentlich obligatorisch war. Kontrolliert wurde auch nicht, was mit den zugeteilten Zahnbürsten und Zahnpasten passierte. In Wirklichkeit war es ständige Praxis, sie mit nach Hause zu nehmen. Warum war das so?

„Aber welche Mutter, welche Frau hatte Zeit, mit ordentlich geputzten Zähnen zu gehen? Sie mußte nach Hause rennen, denn dort ist eine Schlange, denn dort muß man das kaufen, denn dort sind die Kinder zu Hause. Welche Frau? Keine. Das war eigentlich deren [der Frauen – M. M.] Schuld, aber so waren die Bedingungen. Man mußte gehen und in der Schlange stehen, um was zu kaufen. Ich selbst habe das auch nicht gemacht. Absolut. Ich habe sie bekommen und nach Hause geschafft. Zu Hause haben alle sie verwendet. Schon damals habe ich kein Geld für Zahnpasta ausgegeben.“<sup>95</sup>

Es kam auch vor, daß sich Ärzte geringschätzig gegenüber Beschäftigten verhielten, die von Berufskrankheiten betroffen waren. In den Dokumenten ist ein solcher Fall festgehalten. Ein Arbeiter aus der Glashütte suchte nach einem Bleivergiftungsanfall das Betriebsambulatorium auf. Nachdem ihm erste Hilfe geleistet worden war, bat er darum, ihn nach Hause zu transportieren, denn er konnte nicht aus eigener Kraft gehen. Damals riet im der Doktor, daß „er auf die Straße hinausgeht und sich unter die Bäume setzt, dann nehmen ihn die Miliz oder der Rettungsdienst mit und bringen ihn nach Hause“.<sup>96</sup>

Die Kontrolle über die Sicherheit, die Hygiene und die Arbeitsbedingungen stellte für diejenigen, die die Entscheidungen trafen, ein Feld scheinbarer Aktivitäten dar, die kaum vertuschten, wie primitiv die Verhältnisse waren. Davon zeugen die in den Dokumenten festgehaltenen Meldungen über den Kampf zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den beiden „schwierigen“ Abteilungen Glashütte und O-3, in der Leuchtstofflampen, Schalter und Neonlampen produziert wurden. Die hohe Temperatur, der Krach, der ätzende Qualm und auch die Arbeit mit Quecksilber hatten zur Folge, daß aus der Abteilung O-3

---

93 Ebd., Bl. 10.

94 Magdalena Sokółowska, *Soziomedizinische Probleme*, S. 143.

95 Rozmowa z D. (Gespräch mit D.), Bl. 3.

96 APW, 1/1062, Protokół z zebrania sprawozdawczo-wyborczego Rady Oddziałowej Wydz.E-5 z dnia 15 stycznia 1959 r. (Protokoll der Wahlberichtsversammlung des Abteilungsrates der Abt. E-5 vom 15. Januar 1959), Bl. 228.

ständig über eine bestehende Streiksituation<sup>97</sup> und die große Fluktuation der Mitarbeiter berichtet wurde.<sup>98</sup> In die Leuchtstofflampenabteilung wurden Mitarbeiter direkt aus der Glashütte versetzt, in der zahlreiche Bleivergiftungen vorkamen. Auf sie warteten dort, außer niedrigeren Einkommen, auch zerrissene Kittel. Es gab weder einen Imbißraum noch die übliche Prämie für sogenannte „Abfälle“. Gemeint ist damit sicher eine Zulage, die gezahlt wurde, wenn mit weniger Mängeln produziert wurde.<sup>99</sup> Außerdem bestand eine große Wahrscheinlichkeit, an Quecksilbervergiftung zu erkranken. 1961 verfiel der Arbeiterrat schließlich auf den Gedanken, sich an die höheren Instanzen zu wenden, damit den Arbeiterinnen von O-3 Sonderprivilegien zuerkannt werden. Offenbar war es weiterhin unmöglich, Veränderungen durchzuführen, die die bhp betrafen. Nach einer Versammlung, auf der die fatalen Bedingungen in dieser Abteilung beschrieben wurden, redete man sich mit einer schlechten Dokumentation und dem Fehlen entsprechender Weisungen seitens der Betriebsverwaltung heraus. Die Appelle einiger Gewerkschafter, die Produktion einzustellen und die Bedingungen der bhp in den am meisten vernachlässigten Abteilungen des ZWLE zu verbessern, trafen nicht auf das Verständnis derer, die für die Planerfüllung verantwortlich waren.<sup>100</sup> Am Rande ist anzufügen, daß 1980/1981 die Forderung nach einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen die Hauptlosung der „Solidarność“ in den Rosa-Luxemburg-Werken war.

## Außerhalb der formalen Kontrolle. Die Strategien der Arbeiter gegenüber der Fabriküberwachung

Die Einstellungen der Arbeiter zu der ihnen im Betrieb aufgezwungenen Ordnung werden immer häufiger als Adaption-, als Anpassungsstrategien analysiert. In den 90er Jahren konzentrierte man sich vor allem auf den aktiven Widerstand oder die moralischen Einwände, die die Industriebeschäftigten gegenüber der Macht vorbrachten.<sup>101</sup> Den Akteuren der

- 
- 97 APW, 1/1090, Protokół z posiedzenia Prezydium Rady Zakładowej w dniu 19 września 1960 r. (Protokoll der Präsidiumssitzung des Betriebsrates vom 19. September 1960), Bl. 61.
- 98 APW, 1/1013, Protokół posiedzenia plenarnego Rady Robotniczej z dnia 27.VI.1961r. (Protokoll der Plenarsitzung des Arbeiterrates vom 27.6.1961), Bl. 41–43.
- 99 APW, 1/1004, Protokół Konferencji Sprawozdawczej Rady Zakładowej i Sprawozdawczo-Wyborczej Rady Robotniczej odbytej w dniu 14 grudnia 1960 r. (Protokoll der am 14. Dezember 1960 stattgefundenen Berichtskonferenz des Betriebsrates und Wahlberichtskonferenz des Arbeiterrates), Bl. 353.
- 100 APW, 1/1090, Protokół z posiedzenia Prezydium Rady Zakładowej w dniu 19 września 1960 r. (Protokoll der Präsidiumssitzung des Betriebsrates vom 19. September 1960), Bl. 61.
- 101 Jędrzej Chumiński, *Ruch zawodowy w Polsce w warunkach kształtującego się systemu totalitarnego 1944–1956* (Die Gewerkschaftsbewegung in Polen unter den Bedingungen des sich herausbildenden totalitären Systems 1944–1956), Wrocław 1999; Łukasz Kamiński (Hg.), *Studia i materiały z dziejów opozycji i oporu społecznego* (Studien und Materialien zur Geschichte der Opposition und des gesellschaftlichen Widerstands), Bd.I-V, Wrocław 1998–2000; Ders., *Polacy wobec nowej rzeczywistości 1944–1948. Formy pozainstytucjonalnego żywiołowego oporu społecznego* (Die Polen angesichts der neuen Realität 1944–1948. Formen des außerinstitutionellen spontanen gesellschaftlichen Widerstands), Toruń 2000.

Ereignisse wurden eher axiologische als pragmatische Motive zugeschrieben.<sup>102</sup> Gegenwärtig werden immer öfter ambivalente gesellschaftliche Verhaltensweisen wahrgenommen, die gleichzeitig Ablehnung des institutionellen Systems in der VRP und Zustimmung zu diesem in sich einschlossen. Das Forschungsgebiet, das sich Haltungen des Typs *Eigen-Sinn*<sup>103</sup> [im Original dt. – d. Ü.] zuwandte, entdecken die Historiker dank der polnischen soziologischen Literatur, besonders der in den siebziger und achtziger Jahren publizierten.<sup>104</sup>

Dariusz Jarosz zählte zu den Adaptionstrategien der Arbeiter in der Zeit des Stalinismus die Veränderung des Arbeitsplatzes, oder anders gesagt, die „Abstimmung mit den Füßen“, das Erzwingen ärztlicher Befreiungen für die Erntezeit durch Bauern-Arbeiter und verschiedene Arten des Manipulierens mit den Arbeitsnormen.<sup>105</sup> Maciej Tyimiński ging noch weiter und formulierte die kühne Schlußfolgerung, daß man jegliche Handlungen, die die auf dem Betriebsgelände gültigen Vorschriften verletzen, die ganze Skala von Vergehen gegen das Recht und dessen Mißbrauch als Anpassungsstrategien anerkennen kann.<sup>106</sup> Vom damaligen Recht abweichende Verhaltensweisen wurden durch ihn als Adaptionerscheinungen interpretiert, als rationale Antwort auf die Einführung der Grundsätze des zentral geplanten Systems in die Wirtschaft.

Im vorliegenden Aufsatz werden die Strategien gegenüber der Fabriküberwachung als Mischung von Widerstand und Anpassung dargestellt. Einen Teil von ihnen begleiteten der Wille und die Notwendigkeit, illegale Praktiken mit Hilfe der informellen Kontrolle innerhalb der Gruppe und der gesellschaftlichen Normen zu verbergen. Nebeneffekt der Reglementierungen und der Arbeitsdisziplin war also, daß unter den Belegschaftsmitgliedern eine andere Art des gesellschaftlichen Schutzes vor der Kontrolle entstand, die eine Konkurrenz darstellte und es erlaubte, nichtvorschriftsmäßige Verhaltensweisen zu maskieren.

Jene mit dem Betriebsreglement nicht übereinstimmenden Verhaltensweisen rührten wohl aus dem Bedürfnis her, die betriebliche Arbeitsdisziplin zu entschärfen. In den Rosa-Luxemburg-Werken zeigte sich das z. B. darin, daß die Monteurinnen die Pausen für Pflichtgymnastik boykottierten. Die für die Übungen zugeteilte Zeit beanspruchten die Frauen manchmal als „ein Weilchen“ für sich selbst, sie „privatisierten“ den betrieblichen Raum entgegen den Regeln und Vorschriften. Während der Pause nahmen sie zu einer Ziga-

---

102 Dariusz Jarosz, *Der polnische Stalinismus*, S. 61.

103 Alf Lüdtke, *Eigen-Sinn: Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*, Hamburg 1993; Vgl. Thomas Lindenberger, *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Das Alltagsleben der DDR und sein Platz in der Erinnerungskultur des vereinten Deutschlands*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 40, 2000, S. 8.

104 Winicjusz Narojek, *Socjalistyczne „welfare state”*. Studium z psychologii społecznej Polski Ludowej (Der sozialistische „welfare state”. Studie zur Sozialpsychologie Volkspolens), Warszawa 1991; Ders., *Perspektywy pluralizmu w upaństwowionym społeczeństwie* (Perspektiven des Pluralismus in der verstaatlichten Gesellschaft), Warszawa 1994; Mirosława Marody, *Warunki trwania i zmiany ładu społecznego w relacji do stanu świadomości społecznej* (Bedingungen des Überdauerns und der Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung im Verhältnis zum gesellschaftlichen Bewußtseinsstand), Warszawa 1986; Andrzej Rychard, *Władza i interesy w gospodarce polskiej u progu lat osiemdziesiątych* (Macht und Interessen in der polnischen Wirtschaft an der Schwelle zu den achtziger Jahren), Warszawa 1995; Jacek Tarkowski, *Socjologia świata polityki* (Soziologie der Welt der Politik), Bd. I–II, Warszawa 1994.

105 Dariusz Jarosz, *Der polnische Stalinismus*, S. 65–68.

106 Maciej Tyimiński, *Mißbräuche und Manipulationen*, S. 165.

rette Zuflucht anstatt Gymnastik zu betreiben. Man kann das damalige Bedürfnis verstehen, aus dem Korsett der Betriebsroutine auszubrechen, auch wenn es irrational war, denn die Gymnastik war notwendig und für die Gesundheit wichtig. Michel Crozier erklärte solche Verhaltensweisen auf der Grundlage von Beobachtungen in einem französischen Betrieb. Er schrieb, daß „die Arbeiter, die die wissenschaftliche Arbeitsorganisation zur Ausübung völlig stereotyper Tätigkeiten zwang, mit allen möglichen Mitteln versuchten, in ihr Verhalten ein Element einzubringen, das nicht der Vorhersage unterlag“.<sup>107</sup>

Auch wenn während der Arbeitszeit der Namenstag irgendeines Kollegen gefeiert oder spontane alkoholische Zechgelage veranstaltet wurden, war das ein Kennzeichen dafür, daß sich kleine Mitarbeitergruppen einen persönlichen Raum und spezifische Regeln der informellen Kontrolle schufen. „Das Thema war sehr umfassend“, betonte Frau D., als sie das gesellige Leben bei den Arbeiterinnen einer Produktionsabteilung im ZWLE kommentierte.<sup>108</sup> Zum Begießen des Namenstages mußte man den Einsteller einladen, von dem die tägliche Arbeit bei der Montage oder die Maschinenbedienung abhingen. In der Kantine wurde gemeinsam ein halber Liter getrunken oder, wenn der Arbeitsrhythmus das nicht zuließ, ging man auf Einladung individuell dorthin: „Dort steht Wodka. Geh selbst trinken. Er steht in der Kantine versteckt.“<sup>109</sup> Wenn der Leiter oder der Meister Namenstag hatten, herrschte ein ungeschriebenes, mit den Patron-Klient-Beziehungen verbundenes Prinzip. Die „ungleiche Freundschaft“<sup>110</sup> drückte sich darin aus, daß für den Chef die ihm unterstehenden Arbeiter Beiträge für ein Geschenk sammelten. Zu dieser spezifischen Nomenklatura, die durch die Arbeiterinnen mit Präsenten bezahlt wurde, gehörten der Einrichter, der Schichtmeister und der Leiter. „So war das System“, summierte Frau D. die Funktionsweise innerhalb der Gruppennorm.<sup>111</sup> Der ungeschriebene Brauch konnte zum offenen Konflikt werden. Ein solcher Fall wurde in den Gewerkschaftsdokumenten beschrieben.<sup>112</sup> Der Streit drehte sich um die Praxis, daß ein gewisser B. seine Mitarbeiter zum Kauf von Blumen gezwungen hatte. Zwei Jahre zuvor war in derselben Abteilung „zur Faschingszeit ein Zechgelage mit Wein und Wodka veranstaltet worden, für das Zwangsbeiträge gesammelt wurden.“<sup>113</sup> Auch Maciej Tymiąski weist darauf hin, daß patronale Beziehungen, die das Leben zwischen den Arbeitern sowie den Brigadieren und Meistern während der Arbeit und in der Freizeit regelten, allgemein verbreitet waren. Das gemeinsame Trinken neubeschäftigter Mitarbeiter mit ihren Vorgesetzten gab den Anstoß für die informellen Abhängigkeiten, dank derer man eine besser bezahlte Arbeit erhalten konnte.<sup>114</sup> Die gesellschaftliche

---

107 Michel Crozier, *Biurokracja. Anatomia zjawiska* (Die Bürokratie. Anatomie einer Erscheinung), Warszawa 1967, S. 253.

108 Rozmowa z D. (Gespräch mit D.), Bl. 10.

109 Ebd.

110 Antoni Mączak, *Nierówna przyjaźń. Układy klientalne w perspektywie historycznej* (Ungleiche Freundschaft. Klientelsysteme in der historischen Perspektive), Wrocław 2003, S. 4–15.

111 Rozmowa z D. (Gespräch mit D.), Bl. 10.

112 APW, 1/1054, Protokół z posiedzenia Komisji na wydziale E-4 w sprawie ob. Januszewskiej odbytego w dniu 25 maja 1959 r. (Protokoll der am 25. Mai 1959 stattgefundenen Kommissionssitzung in der Abteilung E-4 in der Sache der Bürgers Januszewski), Bl. 128.

113 Ebd.

114 Maciej Tymiąski, *Związki nie tylko zawodowe* (Zakłady im. 1 Maja w Pruszkowie 1966–1968), wydruk (Nicht nur Gewerkschaften (die 1. Mai-Werke in Pruszków 1966–1968/, Ausdruck), S. 12 [wird demnächst erscheinen]. Vgl. die interessanten Befunde zum Thema der Trinkkultur in den Betrieben in

Kontrolle war dort notwendig, wo das Risiko existierte, daß oft mit Methyl verseuchter Industrialkohol konsumiert wurde. So etwas kam auch in den Rosa-Luxemburg-Werken vor. Wenn ein Namenstag begossen wurde, konnte die Aufgabe des Leiters, der „einer von uns“ sein wollte und das Trinken erlaubte, darin bestehen zu überprüfen, ob Konsum- oder Industrialkohol getrunken wurde.<sup>115</sup> Nach geistigem, „nicht in Flaschen befindlichem“ Saft zu greifen konnte tragische Konsequenzen haben. Daher war es wichtig, ob die Flüssigkeit, die man in sich hineinschüttete, aus dem Laden oder aus betrieblichen Behältnissen kam.

Eine polnische Spezifik, Widerstand zu leisten und sich vor den Beschwerlichkeiten der Arbeitsdisziplin zu schützen, waren die solidarischen und massenhaften Fälle von Insubordination zu Feiertagen. Am Ostersonnabend wurde der Appell mißachtet, bis zum Ende der Nachtschicht von Freitag auf Sonnabend dazubleiben. Die Arbeiter verkürzten die Arbeitszeit um eine halbe Stunde. Die Parteiorganisation drohte sofort, daß „man also von Mitteln des Appellierens dazu übergehen muß, materielle Anreize für die technische Aufsicht zuzumessen, und dazu, jenen, die nicht da waren, keine Prämie vom 13. Gehalt zu geben“<sup>116</sup>. Nach dem Empfinden der Mitarbeiter konnte man das Durchsetzen der Vorschriften in der Weihnachts- oder Osterzeit nur „Kretindisziplin“<sup>117</sup> nennen. Massenweises Fernbleiben trat auch in den Erntezeiten auf. Am Ende der fünfziger Jahre erschien zu diesem Thema eine Reportage, in der die Journalistin schrieb: „der Betriebsarzt sagte mir, daß Bauern, die in einer Zementfabrik beschäftigt sind, sich Zement in die Augen streuen, um eine Befreiung wegen Bindehautentzündung zu bekommen, und die dann mit den kranken Augen auf dem Feld arbeiten.“<sup>118</sup>

Eine andere gegen die betriebliche Kontrolle gerichtete Strategie war das Fälschen von Stechkarten zu Arbeitsbeginn und -ende.<sup>119</sup> Einigen Mitarbeitern gelang es, die Fabrikuhr zu betrügen, in der die Arbeitskarte gestochen wurde. Dadurch wurde Wartezeit beim Betreten und Verlassen der Fabrik gewonnen. Frau D., die diese Geschichte beschrieb, erklärte jedoch, daß sie den ganzen Tag entsprechend dem Arbeitszeitreglement gearbeitet habe.<sup>120</sup>

## Kleine Diebstähle

In den polnischen Betrieben widerspiegelte sich die informelle, gegen die Fabriküberwachung gerichtete gesellschaftliche Kontrolle am deutlichsten im massenhaften Unwesen der kleinen Diebstähle. In der Besatzungszeit wurde das Fortnehmen von Sendestationen aus

---

der Zeit der VRP, die dörfliche und städtische Vorbilder des Alkoholkonsums miteinander verband: Dariusz Jarosz, *Die Polen und der Stalinismus*, S. 106.

115 Rozmowa z P. (Gespräch mit P.), Bl. 8.

116 APW, 180/II-1, Protokół posiedzeń plenarnych KZ PZPR ZWLE im. Róży Luksemburg z dnia 31 marca 1959 r. (Protokoll der Plenarsitzungen des Betriebskomitees der PZPR der ZWLE „Rosa Luxemburg“ vom 31. März 1959), Bl. 46.

117 Rozmowa z U. (Gespräch mit U.), Bl. 4.

118 Barbara Seidler, *Niedaleko Warszawy* (Unweit von Warschau), in: *Nowa Kultura* (Neue Kultur) 10 (1959), 2, Zit. nach: Dariusz Jarosz, *Der polnische Stalinismus*, S. 66–67.

119 Vgl. Maciej Tymiński, *Unterschlagungen*, S. 97–113; Ders., *Mißbräuche und Manipulationen*, S. 165–182.

120 Rozmowa z D. i O. (Gespräch mit D. und O.), Bl. 9.

dem Betrieb<sup>121</sup> mit Sicherheit als moralisch gerechtfertigt behandelt. Auf diese Weise die Produktion für die Wehrmacht zu sabotieren bildete ein Element der *moral economy* der Besatzungszeit. Nach dem Kriege wurden die kleinen Diebstähle zum gesellschaftlichen Problem und zur massenhaften Erscheinung. Diese pathologischen Praktiken waren Anfang der fünfziger Jahre mit dem Übergang der Bevölkerung vom Dorf in die Stadt verbunden. Die Antwort darauf waren die Gesetze über den verstärkten Schutz des gesellschaftlichen Eigentums<sup>122</sup> sowie über den Schutz des Eigentums vor kleinen Diebstählen,<sup>123</sup> die strenge Strafen, einschließlich der lebenslangen, vorsahen.

Ähnlich wie andere Betriebe drückte die Plage der kleinen Diebstähle die Rosa-Luxemburg-Werke während der ganzen Zeit der VRP. Diese Erscheinung war um so mehr allgemein verbreitet, da es leicht war, aus den ZWLE Halbfabrikate oder auch fertige Erzeugnisse herauszubringen, die übrigens auf dem Markt sehr gefragt waren. Diebstähle und Unterschlagungen unterschieden sich durch den Maßstab und dadurch, wieweit sie entsprechend dem Prinzip der Machthierarchisierung im Betrieb verübt wurden.<sup>124</sup> Je höher die Position, um so größer waren die Möglichkeiten, sich das „Staatliche“ anzueignen. Die Dokumente zeigen, daß das Unwesen allgemeinen Charakter hatte und die ganze Betriebsbelegschaft umfaßte. Maciej Tymiąski stellte fest, daß das Jahr 1956 bei den kleinen Diebstählen nicht viel veränderte. Der Unterschied zwischen dem Stalinismus und der Regierungszeit von Władysław Gomułka bestand im größeren Umfang an Mißbrauchsmöglichkeiten, die durch die Institution des Betriebsfonds gegeben waren, bei dessen Verteilung es zu Unterschlagungen kam.

Am interessantesten ist im Kontext der kleinen Diebstähle die Frage nach der gesellschaftlichen Atmosphäre, die diese zuließ, die diese Praktiken begleitete und die durch eine damalige Journalistin ein „Klima der Gesetzeswidrigkeit“<sup>125</sup> genannt wurde. Die soziologischen Forschungen von der Wende der fünfziger zu den sechziger Jahren bestätigen die Existenz einer doppelten Norm, die gegenüber dem Privateigentum und den staatlichen Gütern angewandt wurde.<sup>126</sup> Laut OBOP (Ośrodek Badań Opinii Publicznej; Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung) verurteilten 87% der Befragten Vergehen gegen das Privateigentum, beim öffentlichen Eigentum waren es nur 42%. Eine Ursache für die Relativierung der moralischen Norm „Du sollst nicht stehlen“ wurde in den niedrigen Einkommen gesehen. Da die Meinung vorherrschte, daß sich der Staat einen Teil der Löhne der Bürger aneignet, sahen diese es als zulässig an, ihm das wegzunehmen, „was ihnen auf

---

121 Vor dem zweiten Weltkrieg trugen die Rosa-Luxemburg-Werke den Namen Polskie Zakłady Philipsa SA (Polnische Philippswerke AG) und waren Privateigentum des holländischen Konzerns. In der Besatzungszeit kamen sie unter deutsche Leitung, die entschied, eine militärische Produktion für die Wehrmacht aufzunehmen. Vgl. Zarzys historii i perspektywy rozwoju. Zakłady Wytwórcze Lamp Elektrycznych im. Róży Luksemburg, ZWLE im. Róży Luksemburg (Abriß der Geschichte und der Entwicklungsspektiven. Die Elektro-Lampenwerke „Rosa Luxemburg“, hg. von ZWLE „Rosa Luxemburg“), Warszawa 1963.

122 Dziennik Ustaw (Gesetzblatt) 1953, nr 17, poz. 68

123 Ebd., poz. 69.

124 Maciej Tymiąski, Unterschlagungen, S. 101.

125 Krystyna Daszkiewicz, Klimaty bezprawia (Das Klima der Gesetzeswidrigkeit), Warszawa 1971.

126 Irena Majchrzak, Nad aktami sądowymi (Über Gerichtsakten), in: Samorząd Robotniczy (Arbeiter-selbstverwaltung), Bd. 4 (1960) 9, S. 9.

legalem Wege nicht draufgezahlt wird“<sup>127</sup>. Als anderer Grund dafür, daß kleine Diebstähle allgemein waren, wurde der unwirksame Schutz des gesellschaftlichen Vermögens angegeben, was das Risiko einer eventuellen Strafe für die verübte Tat verringerte. Von Bedeutung war wohl auch, daß die geschädigte Person, das heißt der Staat, entpersonalisiert war. Um die Ursachen zu erklären, wurde auch nach einem historischen Argument gegriffen und auf den Demoralisierungsprozeß der Gesellschaft infolge der Besatzung und der Migrationsbewegungen verwiesen.<sup>128</sup> Zu diesem Katalog kann man noch andere Faktoren hinzufügen, die die Plage der Wirtschaftskleinkriminalität auf dem Betriebsgelände erklären. An der Wende von den fünfziger zu den sechziger Jahren wurde keine legale innerbetriebliche Verteilung von Gütern organisiert, die durch den betreffenden Betrieb produziert wurden. In den Interviews wurde wiederholt als Motiv geäußert, daß ein legaler Erwerb der in den ZWLE hergestellten Lampen durch die Mitarbeiter nicht möglich war.<sup>129</sup> Eine andere Frage war die eigenartige kollegiale Solidarität, die vor der Auslieferung des Delinquenten schützte. Sie mußte sich nicht auf den Kreis der „Eigenen“ beschränken, sie umfaßte auch die den Mitarbeitern fremden Funktionäre des Industrieschutzes. „Der amoralische Familiarismus“ (poln.: *amoralny familizm*), eine Erscheinung, die darauf beruhte, daß die Kriterien von Gut und Böse außerhalb des Umfeldes des „heimischen“ Kreises aufgehoben waren<sup>130</sup> und die im Rahmen des Patron-Klient-Verhältnisses funktionierte, erklärt das Phänomen der kleinen Diebstähle in hohem Maße, aber nicht bis zu Ende.<sup>131</sup> Auf der Grundlage der Interviews mit ehemaligen Mitarbeitern der Rosa-Luxemburg-Werke kann man einen radikaleren Schluß ziehen: Es war akzeptierte gesellschaftliche *Norm*, daß kleine Diebstähle des „Staatlichen“ zum eigenen Gebrauch, nicht für Handelszwecke erlaubt waren. In dieser Situation war der Abweichler derjenige, der dazu beitrug, daß die Diebstähle bloßgelegt wurden oder der die Sache beim Namen nannte. Wenn bei der Kontrolle ein „Unfall“ passierte, dann bedeutete das, „daß jemand gezinkt hatte“, „daß jemand verraten hatte“.<sup>132</sup> Die Norm geheimen Einverständnisses zwischen den Mitarbeitern war verletzt worden, und der, der das tat, war ein Verräter an der gemeinsamen Sache.

Die Rosa-Luxemburg-Werke zeichneten sich sicher durch nichts Besonderes hinsichtlich Charakter und Umfang des Wirtschaftsmißbrauchs aus. Auch hier „klauten alle und haben es gemeinsam fortgeschafft“<sup>133</sup>. Bekannt waren Fälle von Korruption (zur Erinnerung: die

---

127 Ebd., S. 8.

128 Ebd.

129 Rozmowa z J. (Gespräch mit J.), Bl. 5. Rozmowa z D. (Gespräch mit D.), Bl. 9–11.

130 Elżbieta Tarkowska/Jacek Tarkowski, „Amoralny familizm”, czyli o dezintegracji społecznej w Polsce lat osiemdziesiątych (Der amoralische Familiarismus, das heißt über die gesellschaftliche Desintegration in Polen in den achtziger Jahren), in: Jacek Tarkowski, *Soziologie der Welt*, Bd. I: *Władza i społeczeństwo w systemie autorytarnym (Macht und Gesellschaft im autoritären System)*, Warszawa 1994, S. 263–282.

131 Vgl. Maciej Tyimiński, *Funkcjonowanie klik w zakładach przemysłowych*, (Das Funktionieren von Cliques in den Industriebetrieben) in: *Kultura i Społeczeństwo (Kultur und Gesellschaft)*, Bd. 46 (2002), 4, S. 109–131.

132 Rozmowa z D. i O. (Gespräch mit D. und O.), Bl.10.

133 Rozmowa z J. (Gespräch mit J.), Bl. 5.

gefälschten ärztlichen Befreiungen kosteten 1958 100 Zł<sup>134</sup>). Die Parteiorganisation bemühte sich auf einer Versammlung, die betrieblichen Diebstähle zu klassifizieren.<sup>135</sup> Sie unterschied den Diebstahl von Fertigerzeugnissen, den von Rohstoffen und Halbfabrikaten, die in privaten Werkstätten genutzt wurden, sowie „Schwarzarbeiten“, die aus betrieblichen Materialien auf private Bestellung ausgeführt wurden. Die „Schwarzarbeiten“, eine Tätigkeit, die unter qualifizierten Arbeitern allgemein war,<sup>136</sup> wurden 1957 lokalisiert und nach den „Reinfällen“ in der Werkzeugabteilung zumindest teilweise eingeschränkt. Am schwierigsten zu kontrollieren waren die Diebstähle von Fertigerzeugnissen. Es war bekannt, daß sich Produkte des ZWLE im Verkauf außerhalb der offiziellen Distribution befanden. Zumindest zwei organisierte Gruppen auf dem Gelände des ZWLE betrieben den Diebstahl von Fertigerzeugnissen. Sie befaßten sich auch damit, Produktionsmaterialien wie Kupfer oder Bronze aus der Fabrik herauszuschaffen. Aus ihnen wurden heimlich auf dem Markt gesuchte Einzelteile und Geräte für die Hauswirtschaft gefertigt: Gasherde, Spiralen für Bügeleisen oder Neonlampen. Die organisierte Kriminalität zeigte sich auch im Parteimilieu. Genossen liehen Mitarbeitern Geld auf Kredit und zogen daraus Gewinn. Im Falle der gruppenweise organisierten Wirtschaftskriminalität basierte die informelle Kontrolle auf entsprechend schärferen Methoden: auf Bestechungsgeldern, Erpressungen, Denunziationen und dem Mißbrauch der beruflichen Position durch Personen, die auf höheren Ebenen der betrieblichen Hierarchie standen und in das unredliche Gewerbe verwickelt waren.<sup>137</sup>

Auch bei der täglichen persönlichen Visitation zeigte sich, ähnlich wie im Falle der Gewährung von Krankentagegeldern, das Problem der unterschiedlichen Behandlung von körperlich und geistig tätigen Mitarbeitern. Nach Meinung von zwei Arbeiterinnen des ZWLE wurde das Durchsuchen der Mitarbeiter in der Praxis nur bei „normalen“ Beschäftigten angewandt. „Als der Herr Leiter mit entsprechendem Gepäck ging, da wurde er nicht kontrolliert“.<sup>138</sup> Der Vorwurf der ungleichen Behandlung von Arbeitern und geistig tätigen Mitarbeitern hatte keinen gegen die Intelligenz gerichteten Ton. Er war eher eine Anklage der alltäglichen Praktiken, die in informeller Weise Personen bevorzugten, die über Macht verfügten.

## Schluß

Die angeführten Beispiele und die Darstellung der verschiedenen Formen von Zwang und Überwachung im Alltag sowie der gesellschaftlicher Kontrolle auf dem Betriebsgelände führen zu der Schlußfolgerung, daß um die Kontrolle über den Arbeitsprozeß in den Rosa-Luxemburg-Werken ein unablässiges, manchmal nicht bis zu Ende bewußtes Spiel zwischen

134 APW, 1/1085, Protokół z posiedzenia Plenum Rady Zakładowej i Komitetu Partyjnego przy ZWLE im. Róży Luksemburg w dniu 31 marca 1958 r. (Protokoll der Plenarsitzung des Betriebsrates und des Parteikomitees bei den ZWLE „Rosa Luxemburg“ vom 31. März 1958), Bl. 169–170.

135 APW, 180/IV-3, Protokół z zebrania POP przy ZWLE dnia 9 grudnia 1957 r. (Protokoll der Versammlung der Parteigrundorganisation bei den ZWLE vom 9. Dezember 1957), Bl. 185–186.

136 Ryszard Dyoniziak, Die gesellschaftlichen Bedingtheiten der Arbeitsproduktivität, S. 96.

137 Maciej Tymiański, Mißbräuche und Manipulationen.

138 Rozmowa z D. i O. (Gespräch mit D. und O.), Bl. 11.

dem staatlichen Arbeitgeber und der Belegschaft stattfand. In den Jahren 1956–1958 mußten die Partei und die Gewerkschaften die Krise der eigenen betrieblichen Strukturen überwinden und auf die schärfsten und umstrittensten Methoden zur Überwachung der Mitarbeiter verzichten. Symbole dieser Überwachung waren das Gesetz über die Gewährleistung der sozialistischen Arbeitsdisziplin aus der stalinistischen Zeit und die politischen Repressionen. An ihre Stelle wurden Lösungen administrativen, technokratischen Charakters gesetzt. Die Haftstrafe wurde in finanzielle Sanktionen umgewandelt. Wie die Äußerungen ehemaliger Betriebsmitarbeiter zeigen, traf die Verwirklichung dieser Anordnungen auf den individuellen und Gruppenwiderstand der Mitarbeiter. Schon auf der Ebene der Abteilungsleiter wurden die formalen Vorschriften ignoriert oder zugunsten der Untergebenen verändert. Der gemeinschaftliche Druck, an religiösen Feiertagen die Arbeit früher zu beenden, oder das solidarische Einvernehmen, bei den kleinen Diebstählen zu schweigen, zeugen davon, daß im Rahmen von informellen Kontakten das betriebliche Arbeitsreglement überlistet werden konnte. Die Betriebsuhr zu betrügen zeugte von eigentümlicher Findigkeit und war sogar Grund zum Stolz. Es ist also deutlich zu sehen, daß sich in der Belegschaft die gesellschaftlichen Verhaltensnormen häufig bedeutend vom aufgezwungenen Muster unterschieden, welches physische Subordination forderte und nicht allzu tief in die politisch-ideologische Sphäre eindrang.

Die Funktionsweise des technologischen und administrativen Kontrollsystems zeigt auch, wie sich gesellschaftliche Teilungen auf dem Betriebsgelände herausbildeten und welcher Status den einzelnen Mitarbeitergruppen zufiel. Die Arbeiterklasse in den Rosa-Luxemburg-Werken wurde nicht mit Deklarationen über ihre führende Rolle gefüttert. Nach 1956 verdrängte ein Repertoire technokratischer Mittel die auf Inszenierungen basierenden Maßnahmen. Das instrumentale Verhältnis zu den Produktionsarbeitern als Arbeitskraft wurde nicht sonderlich verschleiert, sogar durch den 1. Sekretär der betrieblichen PZPR nicht. Es scheint, daß sich hier ein Feld interessanter Vergleiche zur Situation und zum alltäglichen Dasein der Arbeiter in den verschiedenen Ländern des sowjetischen Blocks öffnet.

*Übersetzung aus dem Polnischen: Christa Hübner*